

6593

6. April 2018

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

DB-F236

ARD

AKTUELLES RECHT ZUM DIENSTVERHÄLTNIS

Redaktionsteam: Manfred Lindmayr, Birgit Bleyer, Bettina Sabara,
Sabine Sadlo, Barbara Tuma

JETZT NEU:
ARD-WEBINAR

siehe 3. Umschlagseite

THEMA

Andreas Gerhartl: Entgeltfortzahlung von Überstunden

RECHTSPRECHUNG

- » Angeordnetes An- und Ablegen der Dienstkleidung im Betrieb – vergütungspflichtige Arbeitszeit
- » Entgeltanspruch bei nicht vorhersehbaren Ruhepausen
- » Ausbildungskostenrückerstattung: Intransparente Vereinbarung unwirksam
- » Kein Anspruch auf Wochengeld für Bezieherin von Rehabilitationsgeld
- » BFG: Teilweise Pensionsabfindung – Dreijahresverteilung
- » BFG: Bezug von Weiterbildungsgeld durch Redakteur – keine Hochrechnung

NEUE VORSCHRIFTEN

- » Budgetbegleitgesetz 2017/2018 – Regierungsvorlage: Teil Soziales



**IN ALLER KÜRZE**

2

THEMA**Andreas Gerhartl: Entgeltfortzahlung von Überstunden**

3

Die Höhe der Entgeltfortzahlung bei Dienstverhinderung (Urlaub, Krankenstand, Dienstfreistellung etc) ist relativ häufig Gegenstand (höchst)gerichtlicher Entscheidungen. Im aktuellen Beitrag zeigt Dr. *Andreas Gerhartl* auf, wie sich das fortzuzahlende Entgelt insbesondere bei schwankenden Entgeltbestandteilen (zB Mehrleistungsvergütungen, Provisionen) zusammensetzt. Die Problematik wird anhand der Einbeziehung von (fiktiven) Überstunden behandelt und es werden dabei einige neuralgische Punkte auch kritisch beleuchtet.

RECHTSPRECHUNG**» ARBEITSRECHT**

Ärzte in Krankenanstalten: Abgeltung von Nachtbereitschaftszeiten	6
Angeordnetes An- und Ablegen der Dienstkleidung im Betrieb – vergütungspflichtige Arbeitszeit	7
Entgeltanspruch bei nicht vorhersehbaren Ruhepausen	9
Überschreitung der täglichen und wöchentlichen Höchstarbeitszeit – gesonderte Bestrafung	10
Ausbildungskostenrückerstattung: Intransparente Vereinbarung unwirksam	10

» SOZIALVERSICHERUNG

B-KUVG: Wochengeldanspruch nach Kinderbetreuungsgeldbezug	11
Kein Anspruch auf Wochengeld für Bezieherin von Rehabilitationsgeld	12

» STEUERRECHT

BFG: Teilweise Pensionsabfindung – Dreijahresverteilung	13
BFG: Bezug von Weiterbildungsgeld durch Redakteur – keine Hochrechnung	15
Weisungsgebundenheit von nicht wesentlich beteiligten Gesellschafter-Geschäftsführern	16
Begünstigte Auslandstätigkeit – Personalgestellung im Rahmen der Gewinnung von Bodenschätzen	17

**NEUE VORSCHRIFTEN****» SOZIALRECHT**

Budgetbegleitgesetz 2017/2018 – Regierungsvorlage: Teil Soziales	18
--	----

ARTIKELRUNDSCHAU

20

IMPRESSUM

17

Aktuelle Informationen aus dem Arbeitsrecht und Sozialrecht

ENTSCHEIDUNGEN

Keine Verjährung der Ansprüche bei Klageeinbringung fünf Monate nach Scheitern mehrjähriger Vergleichsverhandlungen

OGH 30.10.2017, 9 ObA 65/17z

Befristete Weiterverwendungszeit/Behaltezeit – keine Hemmung während der Karenz

OGH 28.11.2017, 9 ObA 99/17z

Keine Verjährung des Urlaubsanspruchs bei Scheinselbstständigkeit

EuGH 29.11.2017, C-214/16, King

Berücksichtigung einer Bonuszahlung für die Bemessung des Wochengeldes

OGH 14.11.2017, 10 ObS 113/17s

Berechnung des Wochengeldes bei entfallenen Mehrdienstleistungen im Beobachtungszeitraum

OGH 14.11.2017, 10 ObS 115/17k

AUS DER PRAXIS – FÜR DIE PRAXIS

Bringt die DS-GVO neue Möglichkeiten hinsichtlich Beweismittel- und -verwertungsverboten im Beschäftigungsverhältnis?

WOLFGANG GORICNIK

Neuregelung der Entgeltfortzahlung bei Krankheit oder Unglücksfall

MICHAEL TRINKO



AKTUELLE SOZIALPOLITIK

Verstärkter NichtraucherInnenschutz nach § 30 ASchG (idF BGBl I 2017/126)

PETRA STREITHOFER

Schriftleitung

ELIAS FELTEN, CHRISTOPH KLEIN, RUDOLF MOSLER

Wissenschaftlicher Beirat

HON.-PROF. DR. JOSEF CERNY

MITGLIED DES VfGH RA.^{IN} HON.-PROF.^{IN} DR.^{IN} SIEGLINDE GAHLEITNER

BM AD GEN.-DIR. AD DR. WALTER GEPPERT

EM. O. UNIV.-PROF. DR. KONRAD GRILLBERGER

EM. O. UNIV.-PROF. DR. PETER JABORNEGG

HOFRÄTIN DES VwGH DR.^{IN} ANGELA JULCHER

UNIV.-PROF. MMAG. DDR. GÜNTHER LÖSCHNIGG

SEN.-PRÄS. DES VwGH IR MITGLIED DES VfGH IR PROF. DR. RUDOLF MÜLLER

SEN.-PRÄS. DES OGH IR DR. KARL HEINZ PETRAG

UNIV.-PROF. DR. WALTER J. PFEIL

HON.-PROF. DR. JOHANNES SCHREGLE

VIZEPRÄSIDENT DES OGH IR PROF. DR. ANTON SPENLING

2/2018

ENTSCHEIDUNGEN

ARBEITSRECHT

32 Einmalige Sonderdotierung der Deckungsrückstellung der aktiven ArbeitnehmerInnen – keine unsachliche Ungleichbehandlung von Pensionisten OGH 28.11.2017, 9 ObA 64/17b	74
33 Keine Verjährung der Ansprüche bei Klageeinbringung fünf Monate nach Scheitern mehrjähriger Vergleichsverhandlungen OGH 30.10.2017, 9 ObA 65/17z	74
34 Entgeltansprüche eines Betriebsrats bei Dienstfreistellung und vorheriger Überstundenleistung OGH 25.10.2017, 8 ObA 7/17p	75
35 Kein Günstigkeitsvergleich nach Ausübung gesetzlich vorgesehener Übertrittsoption in anderen Kollektivvertrag OGH 28.11.2017, 9 ObA 47/17b	77
36 Einsichtsrechte des Betriebsrates zwecks Überprüfung der Vordienstzeitenanrechnung – umfassendes Überwachungsrecht OGH 30.10.2017, 9 ObA 115/17b	78
37 Keine Entsendung von ArbeitnehmerInnen-Vetreter in den Aufsichtsrat von Theaterunternehmen – kein Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz OGH 30.10.2017, 9 ObA 107/17a	80
38 Keine Verpflichtung der DienstnehmerInnen zum Ersatz der auf sie entfallenden Sozialversicherungsbeiträge bei Verlust des Abzugsrechts der DienstgeberInnen nach § 60 Abs 1 ASVG OGH 28.11.2017, 9 ObA 36/17k	81
39 Befristete Weiterverwendungszeit/Behaltezeit – keine Hemmung während der Karenz OGH 28.11.2017, 9 ObA 99/17z	83
40 Verletzung der Fürsorgepflicht gegenüber einer begünstigten behinderten Arbeitnehmerin – Anspruch auf Schadenersatz OGH 30.10.2017, 9 ObA 114/17f	84
41 Kündigung eines begünstigten behinderten Arbeitnehmers – Berechnung der Kündigungsentschädigung OGH 28.11.2017, 9 ObA 51/17s	84
42 Stehenlassen von Entgeltforderungen über längeren Zeitraum – keine Bedachtnahme auf hypothetischen Austritt aus dem Arbeitsverhältnis OGH 25.10.2017, 8 ObS 5/17v	84
43 Umfang der Bindungswirkung einer gerichtlichen Entscheidung im Vorverfahren gegenüber der IEF-Service GmbH OGH 29.11.2017, 8 ObS 10/17d	88
44 Kollektivvertragliche Fälligkeit des Urlaubszuschusses bei Urlaubsantritt gilt auch bei Urlaubskonsum aus Vorperioden OGH 29.11.2017, 8 ObS 6/17s	92
45 Keine Anwendung der Satzung des Kollektivvertrags für Sozial- und Gesundheitsorganisationen Vorarlbergs auf physiotherapeutische Unternehmen OGH 18.12.2017, 9 ObA 135/17v	93
46 Öffentlichmachung patientenbezogener Daten während einer Gerichtsverhandlung verletzt ärztliche Verschwiegenheitspflicht und begründet Vertrauensunwürdigkeit OGH 28.11.2017, 9 ObA 118/17v	94
47 Beim Kündigungsgrund des § 88 Abs 2 Z 9 Nö LBG ist eine Weiterbeschäftigungsmöglichkeit an einem Ersatzarbeitsplatz nicht zu prüfen OGH 28.11.2017, 9 ObA 110/17t	95
48 Neuzuteilung der vom Arbeitgeber bereitgestellten Sachmittel durch den Personalausschuss: kein Verstoß gegen das Beschränkungsverbot OGH 30.10.2017, 9 ObA 124/17a	95
49 Reisezeit von oder zu einem Ort abseits des gewöhnlichen Arbeitsortes EFTA Gerichtshof 27.11.2017, E-19/16, Thorbjorn Selstad Thue	96
50 Keine Verjährung des Urlaubsanspruchs bei Scheinselbstständigkeit EuGH 29.11.2017, C-214/16, King	97

51 Geltendmachung von Gehaltsdifferenzen aufgrund unrichtiger Einstufung auch für die Zukunft wirksam OGH 30.10.2017, 9 ObA 37/17g	98
52 Herabsetzung der regelmäßigen Wochendienstzeit gem § 20 Abs 1 VBG – mangels konkreter Vereinbarung über die Dauer der Herabsetzung ist von der höchstmöglichen fünfjährigen Befristung auszugehen OGH 25.10.2017, 8 ObA 22/17v	99
53 Strafe für Zubringen der regelmäßigen wöchentlichen Ruhezeit im Fahrzeug ist EU-rechtskonform EuGH 20.12.2017, C-102/16, <i>Vaditrans</i>	100
54 Rechtliches Interesse an Feststellung richtiger kollektivvertraglicher Einstufung auch bei Fehlen eines weiteren Entgeltanspruchs aufgrund Überzahlung OGH 28.11.2017, 9 ObA 92/17w	100

ARBEITSLOSENVERSICHERUNGSRECHT

55 Hinweise auf Erkrankung und häufige Arztbesuche im Bewerbungsverfahren als Vereitelungshandlung BVwG 14.11.2017, G305 2168350-1	101
56 Mündliche Einstellungszusage schließt Zumutbarkeit einer anderweitigen Bewerbung nicht aus BVwG 19.12.2017, W266 2121652-1	102
57 Keine nochmalige Anwendung der Jugendanwartschaft bei wiederholter Inanspruchnahme des Arbeitslosengeldes VwGH 19.12.2017, Ro 2017/08/0017	103
58 Verlängerung der Rahmenfrist nur um Zeiträume, die innerhalb der Rahmenfrist liegen oder in sie hineinreichen VwGH 19.12.2017, Ro 2017/08/0011	103
59 Keine Bestimmung des „Wohnortes“ iSd der VO (EG) 883/2004 durch Gegenüberstellung der zeitlichen Dauer des Aufenthaltes im Verlauf der Woche in Österreich und Polen VwGH 19.12.2017, Ra 2017/08/0027	104

SOZIALRECHT

60 Berücksichtigung einer Bonuszahlung für die Bemessung des Wochengeldes OGH 14.11.2017, 10 ObS 113/17s	105
61 Verfassungswidrige Ungleichbehandlung von Minderjährigen und geschäftsunfähigen Volljährigen bei verspäteter Antragstellung auf Waisenpension VfGH 4.12.2017, G 125/2017	108
62 Anfall der Versehrtenrente nach Ende des Krankengeldanspruches – kein Ruhen der Versehrtenrente durch Rehabilitationsgeldbezug OGH 14.11.2017, 10 ObS 135/17a	109
63 Zulässige Verrechnung von Honoraren als Wahlarzt bei gleichzeitiger Vertragsarzt-eigenschaft in einem anderen Fachgebiet VwGH 12.10.2017, Ro 2017/08/0009	111
64 Unterscheidung zwischen ärztlicher Hilfe und Heilmittel bei Kostenerstattung OGH 14.11.2017, 10 ObS 77/17x	112
65 Kein Anspruch auf jährliche Anpassung des den Ausgleichszulagenrichtsatz übersteigenden Rehabilitationsgeldes OGH 14.11.2017, 10 ObS 107/17h	113
66 Zwischen der Krankenbehandlung und medizinischen Maßnahmen der Rehabilitation gem § 154a ASVG muss ein entsprechender zeitlicher Konnex bestehen OGH 14.11.2017, 10 ObS 68/17y	115
67 Berechnung des Wochengeldes bei entfallenen Mehrdienstleistungen im Beobachtungszeitraum OGH 14.11.2017, 10 ObS 115/17k	117
68 Angemessenheit der Kosten für die Zahnbehandlung als Tatfrage nicht revisibel OGH 14.11.2017, 10 ObS 134/17d	118
69 Realistische Chance der Vermittelbarkeit als Voraussetzung für Zumutbarkeit einer beruflichen Rehabilitationsmaßnahme OGH 14.11.2017, 10 ObS 79/17s	118
70 Feststellung einer „Hilfsarbeitertätigkeit“ gibt keinen Aufschluss über Bestehen eines Berufsschutzes OGH 14.11.2017, 10 ObS 92/17b	119

Das Recht der Arbeit

Zum Gedenken an Robert Rebhahn

RUDOLF MOSLER

ABHANDLUNGEN

Quotenpflicht für Aufsichtsräte großer oder börsennotierter Unternehmen

SUSANNE HASLINGER/RENÉ SCHINDLER

Arbeitsmarktzugang von Fremden mit „Duldung“ oder „Aufenthaltstitel aus besonders berücksichtigungswürdigen Gründen“ – Eine gleichheitsrechtliche Analyse

KEVIN FREDY HINTERBERGER

ENTSCHEIDUNGSBESPRECHUNGEN

Art 45 AEUV bedingt keine Ausdehnung der AN-Mitbestimmung im Aufsichtsrat auf AN ausländischer Betriebe

CHRISTOPH LUDVIK

Eingriff in Pensionen der Österreichischen Nationalbank nicht verfassungswidrig

THEODOR TOMANDL

Kollektivvertragliche Karenz ist Beschäftigung für Familienleistungen iSd VO 883/2004, auch wenn kein Kinderbetreuungsgeldbezug mehr vorliegt

CHRISTOPH KUNZ

Zuschuss zur Entgeltfortzahlung gem § 53b ASVG idF BGBl 2013/139

CHRISTINA SCHNITTLER

Berufliche Rehabilitation und Wiedereingliederungsprognose

HELMUT IVANSITS

Kündigungsschutz nach dem MSchG bei Betriebsumstrukturierung

DIANA NIKSOVA

Rechtslücke bei der Bemessung des Wochengeldes nach Entgeltausfall wegen Krankenstand

MARTINA THOMASBERGER

Kollektivvertrag darf Kündigungsmöglichkeit nicht vom Abschluss eines Sozialplans abhängig machen

ELIAS FELTEN

Kollektivvertragsangehörigkeit bei unrichtiger Eingruppierung eines Arbeitgebers durch die Wirtschaftskammer

MICHAEL FRIEDRICH



NR.
375

MONAT
April

JAHR
88.

Schriftleitung

ELIAS FELTEN, CHRISTOPH KLEIN, RUDOLF MOSLER

Wissenschaftlicher Beirat

HON.-PROF. DR. JOSEF CERNY

MITGLIED DES VFGH RA^{IN} HON.-PROF.^{IN} DR.^{IN} SIEGLINDE GAHLEITNER

BM AD GEN.-DIR. AD DR. WALTER GEPPERT

EM. O.UNIV.-PROF. DR. KONRAD GRILLBERGER

EM. O.UNIV.-PROF. DR. PETER JABORNEGG

HOFRÄTIN DES VWGH DR.^{IN} ANGELA JULCHER

UNIV.-PROF. MMAG. DDR. GÜNTHER LÖSCHNIGG

SEN.-PRÄS. DES VWGH IR MITGLIED DES VFGH IR HON.-PROF. DR. RUDOLF MÜLLER

SEN.-PRÄS. DES OGH IR DR. KARL HEINZ PETRAG

UNIV.-PROF. DR. WALTER J. PFEIL

HON.-PROF. DR. JOHANNES SCHREGLE

VIZEPRÄSIDENT DES OGH IR PROF. DR. ANTON SPENLING

2/2018

Zum Gedenken an Robert Rebhahn RUDOLF MOSLER	91
---	----

ABHANDLUNGEN

Quotenpflicht für Aufsichtsräte großer oder börsennotierter Unternehmen SUSANNE HASLINGER/RENÉ SCHINDLER	92
---	----

Arbeitsmarktzugang von Fremden mit „Duldung“ oder „Aufenthaltstitel aus besonders berücksichtigungswürdigen Gründen“ – Eine gleichheitsrechtliche Analyse KEVIN FREDY HINTERBERGER	104
--	-----

ENTSCHEIDUNGSBESPRECHUNGEN

Art 45 AEUV bedingt keine Ausdehnung der AN-Mitbestimmung im Aufsichtsrat auf AN ausländischer Betriebe CHRISTOPH LUDVIK zu EuGH vom 18.7.2017, C-566/15, <i>Erzberger</i>	112
--	-----

Eingriff in Pensionen der Österreichischen Nationalbank nicht verfassungswidrig THEODOR TOMANDL zu VfGH vom 14.3.2017, G 405/2015	118
---	-----

Kollektivvertragliche Karenz ist Beschäftigung für Familienleistungen iSd VO 883/2004, auch wenn kein Kinderbetreuungsgeldbezug mehr vorliegt CHRISTOPH KUNZ zu OGH vom 21.3.2017, 10 ObS 135/16z	124
--	-----

Zuschuss zur Entgeltfortzahlung gem § 53b ASVG idF BGBl 2013/139 CHRISTINA SCHNITTLER zu OGH vom 21.3.2017, 10 ObS 145/16w	130
--	-----

Berufliche Rehabilitation und Wiedereingliederungsprognose HELMUT IVANSITS zu OGH vom 21.3.2017, 10 ObS 29/17p	136
--	-----

Kündigungsschutz nach dem MSchG bei Betriebsumstrukturierung DIANA NIKSOVA zu OGH vom 24.3.2017, 9 ObA 123/16b	142
--	-----

Rechtslücke bei der Bemessung des Wochengeldes nach Entgeltausfall wegen Krankenstand MARTINA THOMASBERGER zu OGH vom 18.5.2017, 10 ObS 76/16y	150
--	-----

Kollektivvertrag darf Kündigungsmöglichkeit nicht vom Abschluss eines Sozialplans abhängig machen ELIAS FELTEN zu OGH vom 24.5.2017, 9 ObA 153/16i	152
--	-----

Kollektivvertragsangehörigkeit bei unrichtiger Eingruppierung eines Arbeitgebers durch die Wirtschaftskammer MICHAEL FRIEDRICH zu OGH vom 24.5.2017, 9 ObA 16/17v	158
---	-----

PERSONALIA

Besetzung der in Arbeits- und Sozialrechtssachen tätigen Senate des OGH ab 2.2.2018	163
---	-----

AUS DER GESCHICHTE DES ARBEITSRECHTS UND DES SOZIALRECHTS

Ein „Vorspiel“ nur? Die Verschiebung der Arbeiterkammerwahlen 193 KLAUS-DIETER MULLEY	164
--	-----

BUCHBESPRECHUNGEN

<i>Roßnagel (Hrsg)</i> Europäische Datenschutz-Grundverordnung GÜNTHER LÖSCHNIGG	169
--	-----

<i>Meyer-Ladewig/Nettesheim/von Raumer (Hrsg)</i> EMRK – Europäische Menschenrechtskonvention – Handkommentar ELIAS FELTEN	169
--	-----



<i>Arbeiterkammer Kärnten (Hrsg)</i> Die Deutsche Arbeitsfront in Kärnten 1938 – 1945 KLAUS-DIETER MULLEY	170
<i>Nützenadel (Hrsg)</i> Das Reichsarbeitsministerium im Nationalsozialismus KLAUS-DIETER MULLEY	172
<i>Bundesarbeitskammer/Österreichischer Gewerkschaftsbund (Hrsg)</i> Wohlstand der Zukunft – Investitionen für eine sozial-ökologische Wende WALTER SCHERRER	173
<i>Wiesinger</i> Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz (LSD-BG) MONIKA DRS	174
<i>Fischer</i> Die Wiederholungskündigung – Verbrauch von Gestaltungsrechten und Rechtskraft im Kündigungsschutzprozess BARBARA TROST	175
<i>Kozak/Auer-Mayer/Blaszczyk/Felten/Ivansits</i> Die Umqualifizierung von Arbeitsverträgen und gerichtliche Durchsetzung von Ansprüchen FABIAN SCHAUP	177
<i>Mathy</i> Haftung des Betriebsratsmitgliedes? HANNES SCHNELLER	178
<i>Giesen</i> Arbeitsunfall und Dienstunfall – Zur Reichweite des Unfallschutzes von Arbeitnehmern und Beamten nach § 8 SGB VII und § 31 BeamtVG RUDOLF MÜLLER	179

GEWERK D3-Z151+Beit. ARCHIV

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

ZEITSCHRIFT FÜR WIRTSCHAFTSVERWALTUNGSRECHT



Herausgeber

Dr. Frank Hüpers

Unter Mitwirkung von

Dr. Sabine Hepperle

Dr. Joachim Lang

Prof. Dr. Dr. h.c. Klaus Rennert

Ulrich Schönleiter

Holger Schwannecke

Prof. Dr. Andreas Voßkuhle

Dr. Martin Wansleben

Schriftleitung

Dr. Frank Rieger

Aus dem Inhalt

Das neue Schornsteinfegerhandwerksgesetz –
Entwicklung und Analyse

Bettina Opolony, München

Sach- und / oder Personalregulierung im Recht
der Spielautomaten? – Teil II

Prof. Dr. Christian Waldhoff, Berlin

Entwicklungen im Messe- und Ausstellungsrecht
2015–2017

Dr. Heinrich Hilderscheid, München

Der Innungsvorstand als Geschäftsführer –
Zur Frage der Unvereinbarkeit im Handwerksrecht

Dr. Matthias Wiemers, Berlin und

Camilla Kamrad, Frankfurt am Main

4/2018

April

Seite 129 - 168

Gildebuchverlag

Abhandlungen

Das neue Schornsteinfegerhandwerksgesetz – Entwicklung und Analyse	Bettina Opolony, München	S. 129
Sach- und / oder Personalregulierung im Recht der Spielautomaten? – Teil II	Prof. Dr. Christian Waldhoff, Berlin	S. 133
Entwicklungen im Messe- und Ausstellungsrecht 2015–2017	Dr. Heinrich Hilderscheid, München	S. 140
Der Innungsvorstand als Geschäftsführer – Zur Frage der Unvereinbarkeit im Handwerksrecht	Dr. Matthias Wiemers, Berlin und Camilla Kamrad, Frankfurt am Main	S. 146

Rechtsprechung, Erlasse und Leitsätze

Verfassungsrecht, Europarecht, allgemeines Wirtschaftsverwaltungsrecht, allgemeines Gewerberecht

Datenschutz, Verbraucher, gerichtliche Zuständigkeit bei Ver- brauchersachen, Abtretung von Ansprüchen zwischen Ver- brauchern, Facebook-Konto	EuGH	25.01.18	C-498/16	S. 150
Mitgliedsbeitrag, Handwerkskammer, Rücklagen, allgemeine Rücklage, Bau-, Modernisierungs- und Investitionsrücklage, Gestaltungsspielraum der Vollversammlung, Kreditfinan- zierung, Umstrukturierung von Rücklagen, Reihenfolge der Beschlüsse (mit Anmerkung von Dörte Baumann, Bielefeld)	VG Düsseldorf	15.11.17	20 K 5579/17	S. 153
Rundfunkbeitrag, Umsatzsteuer, Anpassungsnotwendigkeit bei Gleichheitsverstößen, gewerbliche oder berufliche Tätig- keit, öffentliche Aufgaben, Umsatzsteuerpflicht der öffentli- chen Hand, duale Rundfunkordnung	BVerwG	21.12.2017	6 B 35.17	S. 158
Gewerbeordnung und sonstiges Gewerberecht				
Maklererlaubnis, Auflage, Beschäftigung des unzuverlässi- gen Ehemannes, tatsächliche Einflussnahme	OVG Münster	21.12.2017	4 A 162/16	S. 160
Personenbeförderung, Erlaubnis, Widerruf, finanzielle Lei- stungsfähigkeit, Verstoß gegen Buchführungs- und Steuerer- klärungsspflichten, Unzuverlässigkeit des Geschäftsführers	OVG Münster	18.12.2017	13 B 1397/17	S. 161
Widerruf von Taxi- und Mietwagengenehmigungen, persön- liche Unzuverlässigkeit, strafrechtliche Verurteilung wegen Vorenthaltens und Veruntreuens von Arbeitsentgelt, Gesamt- verhalten und Persönlichkeit des Betroffenen, Häufung, Ver- stöße gegen arbeitsrechtliche, sozialrechtliche oder steuer- rechtliche Verpflichtungen, nachträgliches Wohlverhalten	VGH München	17.01.2018	11 CS 17.2555	S. 161

Handwerk, Berufsbildung

Prüfungsrecht, Anerkennung anderweitig erbrachter Prü- fungsleistungen, Gleichwertigkeit, Ausschluss der Aner- kennung, Einschätzungsspielraum des Gesetzgebers, freie Berufswahl, Verhältnismäßigkeit, Masterarbeit, Überzeu- gungsgrundsatz	BVerwG	09.01.2018	6 B 63.17	S. 162
Prüfungen, offene Zweitkorrektur, Kenntnis von Bewertun- gen von Teilleistungen, Inhalt des Protokolls einer mündli- chen Prüfung	OVG Münster	27.12.2017	19 B 1255/17	S. 163
Allgemeines Prüfungsrecht, Anzahl von Wiederholungsprü- fungen, mündliche Nachprüfung, Umstellung von Prüfungs- ordnungen	OVG Hamburg	11.01.2018	3 Bf 8/15	S. 164

Gaststätten, Handel, Dienstleistungen, Ladenschluss

Gaststättenerlaubnis, Widerruf, Unzuverlässigkeit, maßgeb- licher Zeitpunkt, Steuerschulden, Sperrzeit, Nichtraucher- schutz, Gewerbeanmeldung	OVG Münster	23.01.2018	4 B 1486/17	S. 165
--	-------------	------------	-------------	--------

NZS

Neue Zeitschrift für Sozialrecht

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

DB-Z243

Zweiwochenschrift für die anwaltliche, betriebliche, behördliche und gerichtliche Praxis

In Zusammenarbeit mit der
Neuen Juristischen Wochenschrift

herausgegeben von
Prof. Dr. Ulrich Becker
Dr. Jürgen Brand
Prof. Dr. Dagmar Felix
Prof. Dr. Stefan Greiner
Prof. Dr. Thorsten Kingreen
Prof. Dr. Ferdinand Kirchhof
Dr. Gerhard Knorr
Prof. Dr. Katharina von Koppentels-Spies
Dr. h. c. Peter Masuch
Prof. Dr. Hermann Plagemann
Prof. Dr. Christian Rolfs
Prof. Dr. Franz Ruland
Prof. Dr. Rainer Schlegel
Prof. Dr. Helge Sodan
Prof. Dr. Wolfgang Spellbrink
Prof. Dr. Raimund Waltermann
Prof. Dr. Peter Wigge

www.nzs.beck.de



C.H. BECK

7/2018

30. März 2018

27. Jahrgang S. 241–288

Aus dem Inhalt

D. Felix

Kindererziehungszeiten im SGB V – zur Reform der
Krankenversicherung der Rentner 241

L. Schmitt

Das Bundesteilhabegesetz auf dem Prüfstand der
UN-Behindertenrechtskonvention 247

B. Schmidt

NZS-Jahresrevue 2017: Verwaltungsverfahren- und
Prozessrecht; Überlange Gerichtsverfahren 255

P. Roselt/D. M. Wienemann

Barwertkalkül von qualifizierter beruflicher
Weiterbildung? 263

BSG

Beitragsmäßige Differenzierung von Versicherten
mit und ohne Kinder (Anm. T. Hebel) 268

BSG

Zinsanspruch nach § 288 Abs. 1 BGB analog bei
Aufwendungsersatzanspruch aus öffentlich-rechtlicher
Geschäftsführung ohne Auftrag (Anm. W. Brose) 275

EuGH

Aufrechterhaltung der Eigenschaft als Selbständiger
und Beibehaltung des Aufenthaltsrechts
(Kurzkommentierung G. Nazik) 279

BSG

Keine Abgabepflicht nach dem KSVG für den Veran-
stalter des jährlichen Christopher Street Day in Berlin
(Kurzkommentierung K. von Koppentels-Spies) 285



6950201807

Neue Zeitschrift für Sozialrecht

Zweiwochenschrift für die anwaltliche, betriebliche, behördliche und gerichtliche Praxis

7/2018



NZS aktuell

Gesetzgebung
Rechtsprechung

Entlastung der Sozialgerichte	V
BSG: Elterngeld trotz Verlust des Kindes im ersten Monat	VI
BSG: Kein Elterngeldverlust durch Heiratsbeihilfe und Weihnachtsgeld	VI
BSG: Geschäftsführer einer GmbH sind regelmäßig sozialversicherungspflichtig	VI
BSG: Keine Entsorgung von Inkontinenzmaterial auf Kosten der Krankenkasse	VII
BSG: Musikschullehrer: Beachtung eines Lehrplanwerks führt nicht zur Sozialversicherungspflicht	VII
SG Darmstadt: Rentenversicherung verlangt nach dem Tod einer Rentnerin gezahlte Rente zurück	VII
SG Dresden: Das Jobcenter darf die Anforderungen bei der Vorlage von Unterlagen von Selbständigen nicht überspannen	VII
SG Detmold: Verletzung beim Eislaufen ist kein Arbeitsunfall	VIII
SG Düsseldorf: Wegen Betrugs verurteilter Arzt ist ungeeignet für die vertragsärztliche Versorgung von Asylbewerbern	VIII
SG Düsseldorf: Kein Anspruch auf Sachleistungen bei Pflegebedürftigkeit im Ausland	IX
SG Gießen: Gesetzliche Unfallversicherung – Beweislast bei Unfall im öffentlichen Raum	IX
<i>Mitteilungen</i>	
Frauen holen am Arbeitsmarkt auf – Beschäftigungsplus aber vor allem durch Teilzeit	X
<i>Personalia</i>	
Hubertus Heil ist neuer Bundesminister für Arbeit und Soziales	X
Jens Spahn zum Bundesgesundheitsminister ernannt	X
Wechsel an der Spitze des Sozialgerichts Nürnberg steht bevor	X

Aufsätze und Berichte

<i>Dagmar Felix</i>	Kindererziehungszeiten im SGB V – zur Reform der Krankenversicherung der Rentner	241
<i>Laura Schmitt</i>	Das Bundesteilhabegesetz auf dem Prüfstand der UN-Behindertenrechtskonvention	247
<i>Benjamin Schmidt</i>	NZS-Jahresrevue 2017: Verwaltungsverfahrens- und Prozessrecht; Überlange Gerichtsverfahren	255
<i>Pasqual Roselt/ Dennis M. Wienemann</i>	Barwertkalkül von qualifizierter beruflicher Weiterbildung?	263

Buchbesprechungen

<i>Constanze Janda</i>	Arzneimittelgesetz. Kommentar	267
------------------------	-------------------------------	-----

Rechtsprechung

Rechtsprechung im Volltext

Beitragsrecht

BSG
20.07.2017 – B 12 KR 14/15 R Beitragsmäßige Differenzierung von Versicherten mit und ohne Kinder (mit Anm. Timo Hebler) 268

Verfahrensrecht

BSG
27.06.2017 – B 2 U 13/15 R Zinsanspruch nach § 288 Abs. 1 BGB analog bei Aufwendungsersatzanspruch aus öffentlich-rechtlicher Geschäftsführung ohne Auftrag (mit Anm. Wiebke Brose) 275

Kommentierte Rechtsprechung

Europarecht

EuGH
20.12.2017 – C-442/16 Aufrechterhaltung der Eigenschaft als Selbständiger und Beibehaltung des Aufenthaltsrechts (Gülay Nazik) 279

Krankenversicherungsrecht

BSG
26.09.2017 – B 1 KR 8/17 R Genehmigungsfiktion und Fristverlängerung (Sebastian Kluckert) 280

Rentenversicherungsrecht

LSG Baden-Württemberg
14.12.2017 – L 10 R 2182/16 Zur besonderen Härte bei drohendem Verlust einer Anwartschaft auf eine Rente (Nina-Claire Himpe) 281

Unfallversicherungsrecht

BSG
31.08.2017 – B 2 U 1/16 R Wegeunfall – Unterbrechung zum Brötchenkauf (Anneke Löns) 282

Grundsicherungsrecht

BSG
12.10.2017 – B 4 AS 19/16 R Zur Berücksichtigung angesparter SGB II-Leistungen als Vermögen (Tobias Mushoff) 283

BSG
25.10.2017 – B 14 AS 4/17 R Brillenreparatur ist Bedarf nach § 24 Abs. 3 SGB II (Stefan Schifferdecker) 284

Beitragsrecht

BSG
28.09.2017 – B 3 KS 2/16 R Keine Abgabepflicht nach dem KSVG für den Veranstalter des jährlichen Christopher Street Day in Berlin (Katharina von Koppenfels-Spies) 285

BSG
28.09.2017 – B 3 KS 1/17 R Professionelle (Eis-)Tänzer in den TV-Shows „Let's Dance“ und „Dancing on Ice“ sind keine Künstler iSd Künstlersozialversicherung (Katharina von Koppenfels-Spies) 286

LSG Schleswig-Holstein
29.06.2017 – L 5 KR 20/15 Sozialversicherungspflicht eines Gesellschafter-Geschäftsführers einer GmbH (Dunja Barkow von Creytz) 287

Verfahrensrecht

BSG
21.09.2017 – B 8 SO 3/16 R Rückübertragung eines Verfahrens an den Senat nach Übertragung auf den sog. Kleinen Senat (Thorsten Ehrbeck) 288

Titelthema



**Arbeit, Gesundheit, Pflege
Das plant die neue Bundesregierung**

Soziales

93 HANS NAKIELSKI
**Die sozialpolitischen Vorhaben
der neuen Bundesregierung**

Arbeit 93 SABRINA KLAUS-SHELLETER/MARTIN KÜNKLER
Licht und Schatten
Arbeitsmarktpolitik im Koalitionsvertrag

Pflege 101 MARCO FRANK
Pflegepolitik im Koalitionsvertrag:
**Gute Vorsätze für die Pflege
unter Finanzierungsvorbehalt**

Gesundheit 104 ROBERT SPILLER
**Bewertung gesundheitspolitischer Vorhaben
der neuen GroKo**



Seit dem 14. März gibt es eine neue Bundesregierung – mit neuen Ministern für die Bereiche Arbeit und Soziales, Gesundheit und Familie. Sie haben jetzt dreieinhalb Jahre Zeit, um die zahlreichen Vorhaben, die im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD vereinbart wurden, umzusetzen. Hier werden die Ziele und geplanten Reformschritte der neuen Großen Koalition zur Arbeitsmarkt-, Sozial-, Gesundheits- und Pflegepolitik unter die Lupe genommen. Was hat die neue Bundesregierung in diesen Bereichen vor? Gibt es einen großen Wurf? Wie sinnvoll sind die geplanten Vorhaben? Und zu welchen längst überfälligen Reformschritten schweigt der Koalitionsvertrag?

Position 88 MARTIN SINGE
Arbeitende Gefangene in die Rentenversicherung einbeziehen!

Magazin 89 GKV: **Schulden freiwillig Versicherter
steigen auf 8 Milliarden Euro**
90 **Personalia**
91 **WSI: Deutlicher Spielraum für höheren Mindestlohn**
92 **Termine**
92 **Pflegeversicherung erzielte 2017 Defizit
von 2,4 Milliarden Euro**

Gesundheit 107 JENDRIK SCHOLZ
Soziales Hamburg als Vorbild:
Einbeziehung von Beamtinnen und Beamten in die GKV
Gibt es Wege in Richtung Bürgerversicherung
in der Landespolitik?

Hamburg will (angehenden) Beamten ab August die Einbeziehung in die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) erleichtern. Doch ist für Beamte der Wechsel in die GKV bei Übernahme der Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung statt Zahlung einer Beihilfe finanziell attraktiv? Und weist das Hamburger Modell einen Weg in Richtung Bürgerversicherung?

115 **Berufskrankheiten: Steigender Trend**
115 **Kassen mit Finanzreserven von 19,2 Milliarden Euro**

Recht 116 KURT NIKOLAUS
Soziales Rechtliche Quadratur des Kreises:
**Aufrechnung von Mietkautionsdarlehen
im Hartz-IV-Bezug**

Wenn Hartz-IV-Beziehende umziehen müssen, haben sie kein Geld für die fällige Mietkaution. Sie bekommen dann ein Darlehen vom Jobcenter. Dieses müssen sie aber sogleich in Teilen zurückzahlen. Dafür wird ihr Regelbedarf um 10 % im Monat gekürzt. Die Folge: Eine längere Unterdeckung des Existenzminimums. Ist das rechtens?

122 **Impressum**



FACHZEITSCHRIFT DER ÖSTERREICHISCHEN SOZIALVERSICHERUNG

Liebe Leserinnen und Leser!

Die März-Ausgabe der *Sozialen Sicherheit* berichtet aktuell über eine Pressekonferenz zu ärztlichen Lehrpraxen, die nunmehr von Bund, Ländern, der Österreichischen Ärztekammer sowie der Sozialversicherung finanziell getragen werden. Durch den Lehrpraxis-Gesamtvertrag wurde nun die gesamtvertragliche Basis für die Verrechnung von Leistungen junger Ärztinnen und Ärzte, die sich noch in Ausbildung in einer Ver-



trags(gruppen)-praxis befinden, entsprechend der Honorarordnung des jeweiligen Krankenversicherungssträgers geschaffen.

Mag. Marcel Jira (HVB) absolvierte ein im Vorjahr ins Leben gerufenes Programm, um bei der Europavertretung der Sozialversicherung in Brüssel Praxiserfahrung zu sammeln und sie in der täglichen Arbeit zu unterstützen. Das Personalentwicklungsprogramm wurde durch die im September 2015 eröffnete Europavertretung möglich gemacht, die sich in unmittelbarer Nähe des Europäischen Parlaments

befindet, und für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hauptverbandes sowie aller SV-Träger eingerichtet wurde, um Erfahrungen aus dem internationalen Umfeld sammeln und Entscheidungen der EU unmittelbar mitvollziehen zu können.

MMag. Dr. Birgit Schratlbauer (Universität Salzburg) setzt sich in ihrem Fachbeitrag mit dem Berufsrecht der Ärzteschaft auseinander. Deren Behandlungsvertrag ist gewöhnlich ein freier Dienstvertrag und vom Arzt persönlich auszuüben. Die Frage wird dabei untersucht, ob der Arzt auch andere Personen (Hilfskräfte, Angehörige anderer Gesundheitsberufe oder andere Ärzte) zur Leistungserbringung einsetzen darf. Im Mittelpunkt der Überlegungen steht der in einer Einzelordination tätige Arzt. Entscheidend für die Frage, ob für diesen eine vertragliche Pflicht zur persönlichen Behandlung besteht, ist die vertragsrechtliche Zuordnung des ärztlichen Behandlungsvertrags. Da dieser im Regelfall als freier Dienstvertrag einzuordnen ist, schuldet der Arzt dem Patienten keinen bestimmten Behandlungserfolg, sondern die fachgerechte Behandlung nach den Regeln ärztlicher Kunst (*lege artis*). Hilfspersonen dürfen nur unter ständiger Aufsicht herangezogen werden und in Lehrpraxen darf jeweils nur ein Arzt ausgebildet werden.

Mit dem Gebot zur persönlichen Berufsausübung im Berufsrecht werden andere Ziele als mit der ähnlich lautenden Verpflichtung in ärztlichen Gesamtverträgen verfolgt. Daher sind die Grenzen für die Heranziehung dritter Personen zur Leistungserbringung nicht zwangsläufig deckungsgleich. Die gesamtvertragliche Beschränkung der Leistungserbringung auf die Person des Vertragsarztes ist als ein Aspekt zur Gewährleistung des Ökonomiegebotes zu sehen, das die Finanzierbarkeit des Krankenbehandlungsanspruches sicherstellen soll.

Die Diätologin Tanja Schmolli (WGKK) gibt anschließend noch Empfehlungen für die Ernährung bei Vorliegen von Diabetes mellitus Typ 2.


Dr. Wilhelm Donner

Impressum

Soziale Sicherheit, 71. Jahrgang • Fachzeitschrift für die Sozialversicherung, hrsg. gem. § 31 Abs. 3 Z. 7 ASVG • ISSN 0038-6065 • Medieninhaber und Verleger: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger • Redaktion: Mag. Bernhard Wurzer, 1030 Wien, Haldingergasse 1, E-Mail: presse@sozialversicherung.at, Tel.: (01) 71 1 32-11 20 D. • Fotos: Cover: Nik Frey - Fotolia.com, Innen: Archiv „Soziale Sicherheit“, istockphoto.com, Fotolia.com • Cover-Layout & Innenentwurf: Manfred Fürst (www.manfredfuerst.at) Layout und Produktion: Atelier Indra Helm, 1020 Wien (Büro) • Hersteller: Gutenberg-Werbering GmbH, Anastasius-Grün Straße 6, 4020 Linz • Abonnementpreis € 28,00 jährlich inkl. 10 % MwSt. und Inlandsporto; Ausland: zuzüglich Porto • Für namentlich gezeichnete Artikel trägt der Autor die Verantwortung, sie müssen nicht mit der Meinung des Hauptverbandes übereinstimmen. • Es wird darauf verwiesen, dass alle Angaben in dieser Fachzeitschrift trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung des Verlages oder Autors ausgeschlossen ist. Mit der Einreichung seines Manuskriptes räumt der Autor

Nr. 3, herausgegeben im März 2018



Fachbeiträge

- 86 Das Expertenprogramm der Europavertretung der Sozialversicherung in Brüssel
Mag. Marcel Jira
- 90 Die Pflicht zur persönlichen Ausübung des ärztlichen Berufs – Berufs-, vertrags- und vertragspartnerrechtliche Aspekte
Univ.-Ass. MMag. Dr. Birgit Schratlbauer
- 106 Ernährung bei Diabetes mellitus Typ 2 – Richtlinien und Empfehlungen in Theorie und Praxis
Tanja Schmolli BBSc

Buchrezension

- 108 Für Sie gelesen

Neue Bücher

- 109 Gesundheit

Information

- 110 Gesundheitsförderung in Krankenhäusern und Gesundheitseinrichtungen
Vision und Strategie des ONGKG bis zum Jahr 2021
Univ.-Prof. Dr. Gernot Brunner

SV Europa

- 111 News 1/2018

Health System Watch I/2018

- 117 Verhaltensökonomische Anwendungen im Gesundheitswesen
Dr. Thomas Cypionka, Sophie Föbleitner BSc

Soweit in diesem Heft personenbezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf Frauen und Männer in gleicher Weise. Bei der Bezeichnung bestimmter Personen oder Personengruppen wird die jeweils geschlechtsspezifische Form verwendet.

dem Verlag für den Fall der Annahme des übertragbaren, zeitlich und örtlich unbeschränkte ausschließliche Werknutzungsrecht (§ 24 UrhG) der Veröffentlichung in dieser Zeitschrift ein, einschließlich des Rechtes der Vervielfältigung in jedem technischen Verfahren (Druck, Mikrofilm und so weiter) und der Verbreitung (Verlagsrecht) sowie der Verwertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen, des Rechtes der Vervielfältigung auf Datenträgern jeder Art, der Speicherung in und der Ausgabe durch Datenbanken, der Verbreitung von Vervielfältigungsstücken an die Benutzer, der Sendung (§ 17 UrhG), der sonstigen öffentlichen Wiedergabe (§ 18 UrhG) sowie der öffentlichen Zurverfügungstellung, insbesondere über das Internet (§ 18a UrhG). Gemäß § 36 Abs. 2 UrhG erlischt die Ausschließlichkeit des eingeraumten Verlagsrechtes mit Ablauf des dem Erscheinen des Beitrages folgenden Kalenderjahres; dies gilt für die Verwertung durch Datenbanken nicht.

Redaktion Karl-Heinz Danzl, Christian Huber,
Georg Kathrein, Gerhard Pürstl

April 2018

109 – 144

Beiträge

Die neueste Rechtsprechung des VwGH zur Überprüfung der Lenktauglichkeit *Martin Hiesel* ⌚ 112

Neues aus Brüssel und Luxemburg *Othmar Thann* ⌚ 117

Checkliste

Neues im Luftfahrtrecht 2018 *Joachim J. Janezic* ⌚ 119

Rechtsprechung

Kein Abschleppen eines fremden Fahrzeugs von gemietetem
Privatparkplatz auf eigene Faust *Martin Hoffer* ⌚ 126

Geschwindigkeitsüberschreitung und
Rechtswidrigkeitszusammenhang ⌚ 130

Haftungsvoraussetzungen für Pferdehalter in Straßennähe
Christian Huber ⌚ 132

Judikaturübersicht Verwaltung

Probeführerschein, Nachschulung nur bei rk Bestrafung ⌚ 137

Schlafapnoe, Relevanz nur bei übermäßiger Tagesmüdigkeit ⌚ 138

Kuratorium für Verkehrssicherheit

Road Safety Inspections (RSI) im untergeordneten Straßennetz
Sandra Schmied, Veronika Zuser und Martin Winkelbauer ⌚ 139



→ Editorial	109
<i>Von Karl-Heinz Danzl</i>	

Beiträge

→ Die neueste Rechtsprechung des VwGH zur Überprüfung der Lenktauglichkeit	112
Wann kann vom Bestehen begründeter Bedenken in Bezug auf die fehlende Verkehrsanpassung eines Lenkberechtigten ausgegangen werden? Können solche Bedenken auch auf Vorfälle begründet werden, die schon länger zurückliegen? Kann die Nichtbeachtung von Ladungsbescheiden Rückschlüsse auf die gesundheitliche Eignung eines Kfz-Lenkers zulassen? Diese und andere praxisrelevante Fragen werden in der neuesten Rsp des VwGH zur Zulässigkeit der Überprüfung der Lenktauglichkeit beantwortet.	
<i>Von Martin Hiesel</i>	
→ Neues aus Brüssel und Luxemburg	117
Im Verkehrssektor bleibt eine Reihe von bereits 2017 vorgelegten Vorschlägen – insb zwei Mobilitätspakete – weiterhin von prioritärer Bedeutung. Mit der Überarbeitung der EurovignettenRL soll der Rechtsrahmen für die Erhebung von Mautgebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch schwere Nutzfahrzeuge neu gestaltet werden. Des Weiteren müssen die Vorschläge zur Überarbeitung der Rechtsakte für den Zugang zum EU-Straßengüterverkehrssektor zu Ende gebracht werden. Zudem werden die Mitgesetzgeber sich auch 2018 mit der Revision der Lenk- und Ruhezeiten-Regelungen beschäftigen. Darüber hinaus sind Maßnahmen zur Digitalisierung im Transportsektor geplant.	
<i>Von Othmar Thann</i>	

Checkliste

→ Neues im Luftfahrtrecht 2018	119
Wie bereits in den vergangenen Jahren wird auch heuer wieder ein Überblick über die seit Erscheinen der letzten Checkliste im vergangenen Jahr im Bereich des österr und europäischen Luftfahrtrechts eingetretenen Neuerungen gegeben; die nunmehr veröffentlichte Checkliste schließt idS wiederum nahtlos an die im Vorjahr erschienene an.	
<i>Von Joachim J. Janezic</i>	

Berichte

→ 18. Europäische Verkehrsrechtstage	123
am 5. und 6. 10. 2017 in Wien	
<i>Von Martin Hoffer</i>	
→ Tagung der Skisachverständigen	124
am 17. 11. 2017 in Bad Hofgastein	
<i>Von Marwin Gschöpf</i>	

Rechtsprechung

→ Kein Abschleppen eines fremden Fahrzeugs von gemietetem Privatparkplatz auf eigene Faust	126
60: OGH 20. 12. 2017, 10 Ob 34/17 y	
<i>Mit Anmerkung von Martin Hoffer</i>	
→ Geschwindigkeitsüberschreitung und Rechtswidrigkeitszusammenhang	130
61: OGH 24. 10. 2017, 2 Ob 155/17 h	
→ Haftungsvoraussetzungen für Pferdehalter in Straßennähe	132
62: OGH 25. 5. 2016, 2 Ob 70/16 g	
<i>Mit Anmerkung von Christian Huber</i>	

Judikaturübersicht Verwaltung

→ StVO	136
63: VwGH 9. 10. 2017, Ra 2017/02/0138 Aufforderung zur Atemluftuntersuchung, Alkoholisierungsverdacht muss nicht zur Kenntnis gebracht werden	
64: VwGH 9. 10. 2017, Ra 2017/02/0138	136
„Nächstgelegene Dienststelle“, der Begriff ist nicht wörtlich zu verstehen	
65: VwGH 18. 10. 2017, Ra 2017/02/0041	136
Untersuchung auf Suchtgiftbeeinträchtigung, Harnprobe ist nicht verpflichtend	
66: VwGH 18. 10. 2017, Ra 2016/11/0177	136
Bestellung zum Organ der Straßenaufsicht schafft kein Dienstverhältnis zu einer Gebietskörperschaft	
→ FSG	137
67: VwGH 18. 10. 2017, Ra 2017/11/0145 Probeführerschein, Nachschulung nur bei rk Bestrafung	
68: VwGH 20. 9. 2017, Ra 2017/11/0226	138
Schlafapnoe, Relevanz nur bei übermäßiger Tagesmüdigkeit	
69: VwGH 25. 10. 2017, Ra 2017/11/0258	138
Eine erhobene Rev ändert nichts an der Bindungswirkung eines rk Straferkenntnisses	
→ KFG	139
70: VwGH 18. 9. 2017, Ra 2017/11/0037 Natürliche Person, auch bei Gewerbebetrieb ist Standort des Fahrzeugs der Hauptwohnsitz	

Kuratorium für Verkehrssicherheit

→ Road Safety Inspections (RSI) im untergeordneten Straßennetz	139
Entwicklung und Erprobung einer Methode zur Ermittlung von Strecken mit Sanierungspotenzial Die Durchführung von Road Safety Inspections (RSI) hat sich im hochrangigen Straßennetz Österreichs (Autobahnen und Schnellstraßen) seit ihrer Einführung 2004 bewährt. Das Österreichische Verkehrssicherheitsprogramm 2011 – 2020 sieht eine Anwendung von RSI auch im untergeordneten Straßennetz vor. Im Zuge eines Projekts wurde eine Methode entwickelt, mit der rechnerisch Strecken mit Sanierungspotenzial im Landesstraßennetz L und B ermittelt wurden. Die Effektivität der Methode konnte durch praktische Evaluierung von Teststrecken mittels RSI bestätigt werden. <i>Von Sandra Schmied, Veronika Zuser und Martin Winkelbauer</i>	

Standards

→ Impressum	109
→ Buchbesprechung	144



NVwZ

Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

DB-Z 135

In Zusammenarbeit mit der
Neuen Juristischen
Wochenschrift

herausgegeben von
Prof. Dr. Rüdiger Breuer
Prof. Dr. Martin Burgi
Prof. Dr. Christian Calliess
Dr. Josef Christ
Prof. Dr. Klaus-Peter Dolde
Dr. Frank Fellenberg
Dr. Andreas Heusch
Prof. Dr. Thomas Mayen
Prof. Dr. Hubert Meyer
Prof. Dr. Janbernd Oebbecke
Prof. Dr. Joachim Scherer
Dr. Heribert Schmitz
Prof. Dr. Friedrich Schoch
Dr. Thomas Schröer
Prof. Dr. Rudolf Streinz

www.nvwz.de

Mit Beilage:
Leserumfrage mit Gewinnspiel


C.H. BECK

7/2018

1. April 2018
37. Jahrgang S. 441–520

Aus dem Inhalt

- N. v. Schwanenflug/S. Szczerbak*
Das Tragen eines Kopftuches im Lichte des
Neutralitätsgebots im Öffentlichen Dienst 441
- K. Füßler/K. Nowak*
Die Alimentation der Beamtenfamilie:
Pflicht oder Mythos? 447
- V. Füllbier*
Der Beurteilungsspielraum in § 18 a LuftVG im
Lichte des Windenergieausbaus – Voraussetzungen
und Reichweite 453
- U.-D. Berlit*
Aktuelle Rechtsprechung zum Aufenthaltsrecht 2016/17 458
- K. Waechter*
Bayern: Polizeirecht in neuen Bahnen 458
- E. Petitdemange*
Das Städtebaurecht 462
- I. Bauer*
Abschiebungen ohne Wirkungen? 471
- BVerfG*
Verletzung des Rechts der AfD auf chancengleiche
Teilnahme am politischen Wettbewerb durch Bundes-
ministerin – Fall Wanka, „rote Karte“ (Anm. *E. Michl*) 485
- RhPf VerfGH*
Zugang zu amtlichen Informationen 492
- BVerwG*
Festsetzung von Emissionskontingenten für ein
Gewerbegebiet (Anm. *T. Schröer/D. Kümmel*) 499



2750201807

Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht

Schriftleitung: Rechtsanwalt Professor Dr. Achim Schunder und
Rechtsanwältin Dr. Christiane Prause
Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a. M.

7 2018

Mit Beilage: Leserumfrage

Inhalt

Aufsätze		<i>N. v. Schwanenflug/S. Szczerbak</i> , Das Tragen eines Kopftuches im Lichte des Neutralitätsgebots im Öffentlichen Dienst	441
		<i>K. Füßer/K. Nowak</i> , Die Alimentation der Beamtenfamilie: Pflicht oder Mythos?	447
		<i>V. Fülbier</i> , Der Beurteilungsspielraum in § 18 a LuftVG im Lichte des Windenergieausbaus – Voraussetzungen und Reichweite	453
Aufsätze Online		<i>U.-D. Berlit</i> , Aktuelle Rechtsprechung zum Aufenthaltsrecht 2016/17	458
Kurze Beiträge		<i>K. Waechter</i> , Bayern: Polizeirecht in neuen Bahnen	458
Rechtsprechung des franz. Conseil d'État		<i>E. Petitdemange</i> , Das Städtebaurecht	462
Zur Rechtsprechung		<i>I. Bauer</i> , Abschiebungen ohne Wirkungen?	471
Mitteilungen		<i>C. Schings</i> , 3. Bucerius Energy Law Day: Perspektiven der Elektromobilität	474
Buchbesprechungen		<i>L. Schrapper/J.-M. Günther</i> , Landesbeamtengesetz Nordrhein-Westfalen (<i>M. Stuttmann</i>)	475
		<i>K.-L. Haus/C. Krumm/M. Quarch</i> , Gesamtes Verkehrsrecht (<i>M. Will</i>)	476
		<i>J. Bergmann/K. Dienelt</i> , Ausländerrecht (<i>R. Gutmann</i>)	476
Rechtsprechung			
EGMR	21. 9.16 – 38030/12	Beschwerde gegen Abschiebung einer Pakistanerin	477
EuGH	14. 6.17 – C-685/15	Amtsermittlungspflicht nationaler Gerichte	479
EuGH	8. 6.17 – C-541/15	Umschrift im Personenstandsregister und Anerkennung des Namens	482
BVerfG	27. 2.18 – 2 BvE 1/16	Recht der AfD auf chancengleiche Teilnahme am politischen Wettbewerb Anm. <i>F. Michl</i>	485 491
RhPVerfGH	27.10.17 – VGHB 37/16	Zugang zu amtlichen Informationen	492
BVerwG	21.12.17 – 6 B 43/17	Bekanntgabe einer Klausurbewertung in Internetportal der Hochschule	496
BVerwG	7.12.17 – 4 CN 7/16	Festsetzung von Emissionskontingenten für ein Gewerbegebiet Anm. <i>T. Schröder/D. Kümmel</i>	499 501
IV	NVwZ 2018, Heft 7		

BVerwG	19. 12. 17 – 3 A 8/15	Änderung eines eisenbahnrechtlichen Planfeststellungsbeschlusses	501
BVerwG	14. 9. 17 – 3 C 4/16	Betriebsbedingte Gefahr für die Sicherheit des Luftverkehrs	504
BVerwG	21. 12. 17 – 4 BN 3/17	Ausschlusswirkung eines Vorrang- und Eignungsgebiets im Regionalplan	507
BVerwG	27. 6. 17 – 4 C 3/16	Baugenehmigung zum Neubau eines Ferkelaufzuchtstalles	509
BVerwG	22. 9. 17 – 2 C 56/16	Amtsangemessenheit der Richterbesoldung in Berlin (Ls.)	511
VGH München	15. 12. 17 – 8 ZB 16.1806	Verlegung eines „Stolpersteins“ im Gehweg als Sondernutzung	511
BGH	24. 8. 17 – III ZR 574/16	Pflicht zur Durchführung von Baumkontrollmaßnahmen (Ls.)	518
		Anm. E.-H. Duhrne	518

NVwZ aktuell

In eigener Sache, NVwZ-RR, NJW	VII
Rechtsprechung in Pressemitteilungen	VII
Rechtsprechung in Leitsätzen, EU-Nachrichten	IX
Tagungsbericht	X



Aus- und Weiterbildungsanzeigen auch online!

Ihre Aus- und Weiterbildungsanzeige erscheint auch online unter www.beck-stellenmarkt.de/Veranstaltungen

- Erhöhte Reichweite durch Online-Präsenz von 6 Wochen
- Präsentation als Teaser- und Layout-Variante
- Verlinkung auf URL, falls angegeben



Fachanwalts-Lehrgang Verwaltungsrecht

Stuttgart Start: 14.06.2018
→ ESF-gefördert - 30% bzw. 50% Förderung für Baden-Württemberger

Berlin Start: 22.11.2018

Weitere Informationen finden Sie unter www.ARBBER-seminare.de



Tel. 07066 - 90 09 0
Fax 07066 - 90 08 22
Kontakt@ARBBER-seminare.de
www.ARBBER-seminare.de

ISSN 0721-880X

NVwZ – Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht

Schriftleitung und Verlagsredaktion:
Rechtsanwalt Professor Dr. Achim Schunder (verantwortlich für den Textteil) und Rechtsanwältin Dr. Christiane Prause.

Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a.M., Postanschrift: Postfach 11 02 41, 60037 Frankfurt a.M., Telefon: (0 69) 75 60 91-0, Telefax: (0 69) 75 60 91-49.
E-Mail: NVwZ@beck-frankfurt.de,
Internet: www.nvwz.de.

Manuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigelegt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht zur Aufnahme in Datenbanken, das Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Anzeigenabteilung: Verlag C.H.BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München. Media-Beratung: Telefon (0 89) 3 81 89-687, Telefax (0 89) 3 81 89-589.

Disposition, Herstellung Anzeigen, technische Daten: Telefon (0 89) 3 81 89-598, Telefax (0 89) 3 81 89-599, E-Mail anzeigen@beck.de
Verantwortlich für den Anzeigenteil: **Bertram Götz.**

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (0 89) 3 81 89-0, Telefax: (0 89) 3 81 89-3 98, Postbank München IBAN: DE82 7001 0080 0006 2298 02, BIC: PBNKDEFFXXX. Der Verlag ist oHG. Gesellschafter sind Dr. Hans Dieter Beck und Dr. h. c. Wolfgang Beck, beide Verleger in München.

Erscheinungsweise: Zweimal monatlich. Kombinationsbezug NVwZ mit zweimal monatlichem Beiheft (Nebenblatt) NVwZ-Rechtsprechungs-Report Verwaltungsrecht.

Bezugspreise 2018: NVwZ ohne NVwZ-RR: jährlich € 325,- (inkl. MwSt.); **Vorzugspreis** für NJW-Bezieher, Studenten (fachbezogener Studiengang) sowie Referendare (gegen Nachweis) jährlich € 285,- (inkl. MwSt.); Einzelheft: NVwZ € 17,50 (inkl. MwSt.); NVwZ mit NVwZ-RR: jährlich € 519,- (inkl. MwSt.); **Vorzugspreis** (w.o.) jährlich € 459,- (inkl. MwSt.). Einzelheft NVwZ m. RR € 26,50 (inkl. MwSt.). Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare können nur innerhalb

von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden. **Jahrestei** und **-register** sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Versandkosten jeweils zuzüglich.

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

KundenServiceCenter:
Telefon: (0 89) 3 81 89-750,
Telefax: (0 89) 3 81 89-358.
E-Mail: kundenservice@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor Halbjahresschluss erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an.

Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienste-Datenschutzverordnung: Bei Anschriftenänderung des Beziehers kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

Druck: Kessler Druck und Medien GmbH & Co. KG, Michael-Schäffer-Straße 1, 86399 Bobingen.

DB-Z 132

Die Öffentliche Verwaltung

DOV

Zeitschrift für öffentliches Recht
und Verwaltungswissenschaft

71. Jahrgang April 2018
Heft 7 Seiten 253–292



www.doev.de
Kohlhammer

7

Claus Dieter Classen, Innere oder
äußere Souveränität?

Holger P. Hestermeyer,
Staatshaftung für den G20-Gipfel?

Michael Meier, Beteiligung Privater
im Fernstraßenbau

Moritz L. Jäschke/Tobias Müller,
Kopftuchverbote gegenüber
Schülerinnen an öffentlichen
und privaten Schulen

Rechtsprechung in Leitsätzen

Inhaltsverzeichnis

Abhandlungen

<i>Claus Dieter Classen</i> , Greifswald, Innere oder äußere Souveränität? – Zum Verständnis der Übertragung von Hoheitsrechten	253
<i>Holger P. Hestermeyer</i> , London, Staatshaftung für den G20-Gipfel? – Der Ersatz von Tumultschäden im deutschen Recht	260
<i>Michael Meier</i> , Potsdam, Beteiligung Privater im Fernstraßenbau – Infrastrukturgesellschaft und Öffentlich-Private Partnerschaften auf dem Prüfstand	268
<i>Moritz L. Jäschke/Tobias Müller</i> , Düsseldorf, Kopftuchverbote gegenüber Schülerinnen an öffentlichen und privaten Schulen	279

Leitsätze

Internationale Gerichtshöfe

181. <i>EGMR</i> , Entscheidung vom 18.1.2018 – Beschwerde Nr. 22338/15 – A. R. und L. R./Schweiz – Kein Recht auf Befreiung vom Sexualekundeunterricht	285
---	-----

Gerichte der Europäischen Union

182. <i>EuGH</i> , Urteil vom 25.1.2018 – C-473/16 – F – Prüfung eines auf Homosexualität gestützten Asylantrags	285
183. <i>EuGH</i> , Urteil vom 25.1.2018 – C-360/16 – Hasan – Illegale Wiedereinreise eines Asylbewerbers nach Überstellung	285

Verfassungsgerichte

184. <i>BVerfG (Kammer)</i> , Beschluss vom 14.12.2017 – 2 BvR 1872/17 – Voraussetzungen für die Berücksichtigung von Vorabentscheidungsersuchen an den <i>EuGH</i> in Drittverfahren	286
185. <i>BayVerfGH</i> , Entscheidung vom 6.12.2017 – Vf. 15-VII-13 – Anrechnung von Leistungen aus einer berufsständischen Versorgungseinrichtung auf Versorgungsbezüge	286

Verwaltungsgerichtsbarkeit

Abgabenrecht

186. <i>BVerwG</i> , Urteil vom 16.11.2017 – 9 C 14.16 – Jagdsteuerpflicht einer GmbH	286
187. <i>BayVGH</i> , Beschluss vom 10.8.2017 – 4 ZB 17.279 – Nachzahlungszinsen; einheitlicher Zinssatz von 0,5 % pro Monat	286
188. <i>BayVGH</i> , NK-Urteil vom 17.8.2017 – 4 N 15.1685 – Kalkulation für Abfallgebührensatzung; Pflicht zum Ausgleich von Kostenüberdeckungen	286
189. <i>BayVGH</i> , NK-Urteil vom 29.12.2017 – 4 N 17.532 – Ungültigkeit einer Busbahnhofbenutzungsgebührensatzung	286
190. <i>NdsOVG</i> , Beschluss vom 8.1.2018 – 4 PA 283/17 – Zur Gesamtschuldnerauswahl bei der Festsetzung des Rundfunkbeitrags	287

Öffentliches Dienstrecht

191. <i>BVerwG</i> , Urteil vom 31.8.2017 – 2 A 6.15 – Politische Meinungsäußerung und beamtenrechtliches Mäßigungsgebot; Anforderungen an die ärztliche Begutachtung im Zurlaubensverfahren	287
192. <i>BVerwG</i> , Urteil vom 17.11.2017 – 2 A 3.17 – Zulage für die Wahrnehmung befristeter Funktionen	287
193. <i>SächsOVG</i> , Beschluss vom 9.11.2017 – 9 A 91/17.PL – Einhaltung einer Dienstvereinbarung	287
194. <i>VGH BW</i> , Urteil vom 14.12.2017 – 2 S 1289/16 – Beihilfefähigkeit von Aufwendungen für den Ehegatten/Lebenspartner des Beihilfeberechtigten	288
195. <i>NdsOVG</i> , Beschluss vom 19.12.2017 – 5 LA 152/17 – Zum Begriffsmerkmal der „Plötzlichkeit“ im Dienstunfallrecht	288

Schul-, Hochschul- und sonstiges Kultusrecht; Prüfungsrecht

196. <i>NdsOVG</i> , Beschluss vom 14.12.2017 – 2 NB 1759/17 – Zulassung ausländischer Staatsangehöriger zum Studium	288
--	-----

Polizei- und Ordnungsrecht

197. <i>BayVGH</i> , Beschluss vom 10.10.2017 – 4 C 17.878 – Beschwerde gegen eine zweitinstanzlich erfolgte Durchsuchungs- und Beschlagnahmeanordnung	288
--	-----

Kommunalrecht

198. *BayVGH*, Beschluss vom 7.11.2017 – 4 C 17.1120 – Ungültigerklärung einer Kommunalwahl;
Verlängerung der gesetzlichen Wahlprüfungsfrist 288

Wirtschafts- und Gewerberecht; Berufsrecht

199. *OVG NRW*, Urteil vom 20.11.2017 – 4 A 2563/15 – Rücknahme der Anerkennung als staatlich anerkannter
Sachverständiger 288
200. *OVG NRW*, Urteil vom 20.11.2017 – 4 A 113/13 – Selbstständige Ausübung des Zahntechnikerhandwerks 288
201. *NdsOVG*, Urteil vom 15.12.2017 – 7 LC 93/15 – Erlöschen der Fahrschülerlaubnis 289

Datenschutz-, Informations- und Medienrecht

202. *OVG NRW*, Urteil vom 19.10.2017 – 16 A 770/17 – Datenschutzrechtliche Zulässigkeit eines Fahrerbewertungsportals 289

Bau- und Planungsrecht

203. *BVerwG*, NK-Urteil vom 7.12.2017 – 4 CN 7.16 – Festsetzung von Emissionskontingenten für ein Gewerbegebiet 289
204. *BVerwG*, Urteil vom 14.12.2017 – 4 C 9.16 – Abgrenzung von Nebenanlage und Teilen der Hauptanlage 289
205. *BVerwG*, Beschluss vom 21.12.2017 – 4 BN 3.17 – Ordnungskonzept einer Konzentrationsflächenplanung für
die Windenergie 289
206. *OVG NRW*, Beschluss vom 21.11.2017 – 8 B 935/17 – Windenergieanlage; Geräuschemissionen;
optisch bedrängende Wirkung 289
207. *BayVGH*, NK-Urteil vom 24.11.2017 – 15 N 16.2158 – Ermittlungs- und Bewertungsdefizit im Rahmen der Bauleitplanung;
planbedingte Erhöhung des Verkehrslärms 290

Naturschutz- und Umweltrecht

208. *OVG NRW*, Urteil vom 20.9.2017 – 16 A 1920/09 – Voraussetzungen einer bodenschutzrechtlichen
Sanierungsanordnung 290

Wasserrecht

209. *SächsOVG*, Beschluss vom 28.8.2017 – 4 B 214/16 – Gemeingebrauch; gemeinsame Anlage; Niederschlagswasser 290
210. *OVG NRW*, Urteil vom 20.11.2017 – 9 A 1686/11 – Befreiung von der Abwasserabgabe für das Einleiten von
Niederschlagswasser 290

Straßen-, Wege- und Verkehrsrecht

211. *SächsOVG*, Urteil vom 30.11.2017 – 3 A 432/17 – Duldungspflicht nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz 290
212. *VGH BW*, Beschluss vom 2.1.2018 – 10 S 2000/17 – Entziehung der Fahrerlaubnis; Eignungsbedenken;
sog. Reichsbürger 291

Ausländer- und Staatsangehörigkeitsrecht

213. *BVerwG*, Urteil vom 25.10.2017 – 1 C 34.16 – Begriff des „Familienangehörigen“ im FreizügG/EU 291
214. *BVerwG*, Urteil vom 21.11.2017 – 1 C 39.16 – Gerichtliche Aufklärungspflicht hinsichtlich internationaler
Schutzgewährung in anderem EU-Mitgliedstaat 291
215. *NdsOVG*, Beschluss vom 5.12.2017 – 13 ME 181/17 – Zuständigkeit der Ausländerbehörde nach unerlaubter
Wiedereinreise in das Bundesgebiet 291
216. *NdsOVG*, Urteil vom 14.12.2017 – 8 LC 99/17 – Zielstaatsbezeichnung in einer Abschiebungsandrohung 291

Sozialrecht

217. *BVerwG*, Urteil vom 24.11.2017 – 5 C 15.16 – Keine Anrechnung von Pflegeversicherungsgeld auf das Pflegegeld
nach § 39 SGB VIII 292
218. *SächsOVG*, Urteil vom 5.12.2017 – 4 A 223/15 – Rückforderung von Wohngeld 292

Gerichtsverfahrensrecht

219. *SächsOVG*, Beschluss vom 19.7.2017 – 4 E 24/17 – Aussetzung der Verhandlung 292
220. *NdsOVG*, Beschluss vom 9.1.2018 – 5 OB 224/17 – Zur Frage der Vorgeiflichkeit i. S. d. § 94 VwGO 292

ÖGZ

ÖSTERREICHISCHE GEMEINDE-ZEITUNG

Das Magazin des Österreichischen Städtebundes



Österreichischer

WU

UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-Z112

04/2018

ALLES, WAS RECHT IST

Rechtliche Fragestellungen in den Kommunen

KINDERARMUT

Volkshilfe sichert Zukunft

E-MOBILITÄT

Alternative Antriebe

RAUMPLANUNG NEU

Gesetze, Regelungen, Kooperationen

GENERALSEKRETÄR



Klarheit und Rechtssicherheit

Am 25. Mai 2018 tritt die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) in Kraft, die alle betrifft, die personenbezogene Daten von EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern verarbeiten. Auch Haftungsfragen beschäftigen Kommunen nicht erst seit dem Salzburger Spekulationsprozess, den Linzer Swap-Geschäften oder jenem Gerichtsurteil, das einer Kindergartenpädagogin Verletzung der Aufsichtspflicht während einer Turnstunde vorwarf. Es herrscht Unsicherheit: Was ist noch Adressverwaltung, was schon Datenmissbrauch? Wofür können Kommunen haftbar gemacht werden? Wie sind Zweitwohnsitze zu behandeln?

In dieser Ausgabe der ÖGZ kommen Expertinnen und Experten zu Wort, die sich mit aktuellen Rechtsfragen von Datenschutz bis Raumordnung, von Vergaberecht bis Haftung auseinandersetzen. Denn wir brauchen Programme, Verordnungen, Regelungen und Gesetzesnovellen, um auf gegenwärtige Entwicklungen und den digitalen Wandel zu reagieren, um für unsere tägliche Arbeit in den Städten und Gemeinden Klarheit und Rechtssicherheit zu schaffen.

Thomas Weninger,
Generalsekretär Österreichischer Städtebund

STÄDTEBUND AKTUELL 04
Kurzmeldungen aus dem Städtebund

PERSONALIA 10
Karl Pany, Hans-Stefan Hintner

KOMMUNALNEWS 11
Aktuelles aus den Städten

SCHWERPUNKTTHEMA
RECHTLICHE FRAGEN IN DEN KOMMUNEN

Ronald Sallmann
DSGVO-Projekte: Hilfe naht! 18

Ronald Sallmann
Datenschutz im Griff 20

Jürgen Grill
DSGVO, NIS-Richtlinie und Cyber-Security 22

Michael Rovina
Minenfeld Arbeitsplatz? 24

Jochen Weck
Swap-Schäden: Blick nach Deutschland 26

Anna Lampl
Regionalentwicklung in der Steiermark 28

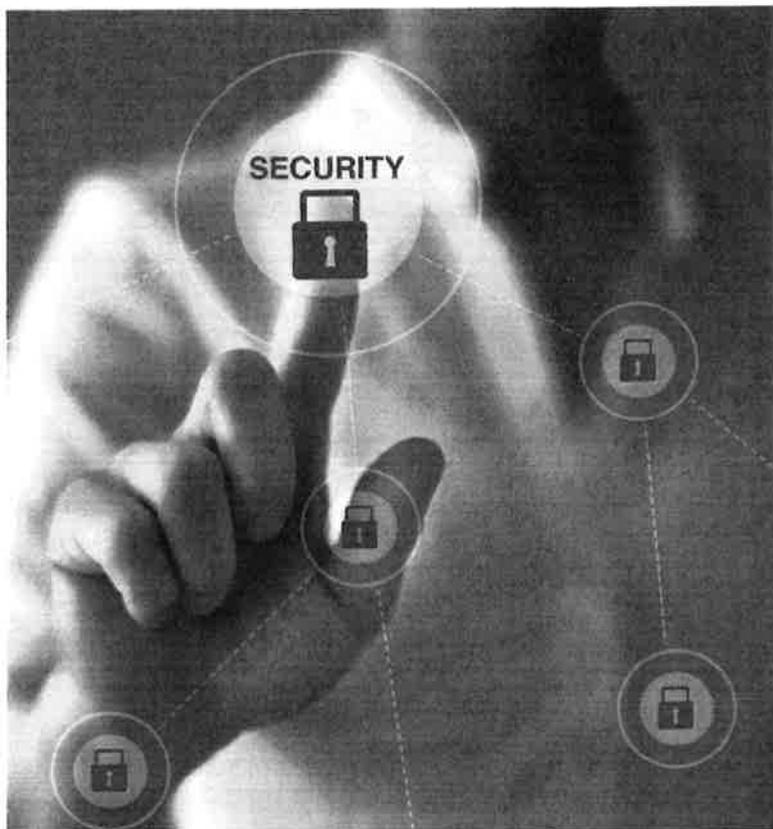
Melanie Dobernigg-Lutz
Zukunftsgestaltung durch Stadt-Umland-Kooperationen 30

Eva Havas
Salzburger Raumordnung neu 32

Felix Holzmannhofer
Airbnb & Co. stellen Städte vor neue Herausforderungen 34

Johannes Schmid
Staatliche Beihilfen 36

Ralf D. Pock, Hermann Demmelmayr
Bundesvergabegesetz: Chancen der interkommunalen Zusammenarbeit 38



Am 25. Mai tritt die Datenschutz-Grundverordnung in Kraft.
Alles über praxisnahe Projekte und Tools ab Seite 18.



Spielregeln für den Wohnungsmarkt

Leistbares Wohnen zu ermöglichen ist eines der wichtigsten sozialen Anliegen einer Stadtverwaltung. Die touristische Vermietung von Wohnungen über Plattformen wie Airbnb sollte dabei durchaus hinterfragt werden. In Wien sind derzeit rund 2.000 Unterkünfte, hauptsächlich in innerstädtischen Bezirken, dauerhaft an Touristinnen und Touristen vermietet, und das meist von gewerblichen Großanbietern. Wächst Airbnb mit der Dynamik der vergangenen Jahre weiter, könnten einer Studie der TU Wien zufolge im Jahr 2022 etwa 40.000 Wohnungen betroffen sein. Dieses Problem stellt sich nicht nur in Wien: Salzburg beispielsweise verzeichnet mittlerweile 800 Airbnb-Wohnungen, Tendenz steigend. Die Novelle der Salzburger Raumordnung behandelt bereits die Zweckentfremdung von Wohnungen für touristische Beherbergungen. Denn, wenn Wohnen zur Ware wird, hat das erhebliche Auswirkungen auf die Gesellschaft: Mietpreise steigen, leistbarer Wohnraum wird knapp, Stadtteile verändern sich. Hier sind Regulierungen wie eine Leerstandsabgabe oder strengere Vorschriften für Airbnb-AnbieterInnen gefragt, um das Grundrecht auf Wohnen dauerhaft zu sichern.

MAGAZIN
Neueste Entwicklungen und Veranstaltungen

40

RECHT
Unfall im Kindergarten – die ewige Haftungsfrage

60

LITERATUR
Aktuelle Rezensionen

62

ZU GUTER LETZT
Kurzmeldungen

64

FINANZEN
Ertragsanteilsvorschlüsse für März 2018

66

TERMINE, IMPRESSUM

67



Michael Häupl

Michael Häupl,
Präsident Österreichischer Städtebund

NZBau

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht

D3-Z148

Privates Baurecht · Recht der Architekten, Ingenieure und Projektsteuerer · Vergaberecht

In Zusammenarbeit mit der
Neuen Juristischen Wochenschrift

herausgegeben von

Prof. Dr. Klaus D. Kapellmann

Prof. Dr. Meinrad Dreher

Prof. Dr. Klaus Faglert

Prof. Dr. Heiko Thielis

Wolfgang Jaeger

Günther Jansen

Prof. Dr. Ralf Lememann

Prof. Dr. Burkhard Messerschmidt

Dr. Klaus Münch

Prof. Dr. Gerd Motzke

Prof. Dr. Frank Peters

Dr. Hans-Joachim Poth

Dagmar Sachler

Ulrich Schröder

www.nzbau.de

Aus dem Inhalt

Th. Ryll

Renaissance der AGB-rechtlichen Privilegierung der
VOB/B?

187

J. Cloppenburg

Die Zuordnung von Designrisiken in Anlagen-
bauverträgen – Ein zu dünner Faden?

192

J.-H. Kues/J. Deppenkemper

Vorsicht bei „Bedarfspositionen“: Keine Anpassung
der Einheitspreise bei unklaren Mengen!

195

L. Hettich

Bestimmungsrecht und Ersetzungsbefugnis bei Nach-
weisen wirtschaftlicher und finanzieller Leistungsfähigkeit

197

BGH

Keine Schadensberechnung anhand fiktiver Kosten für
Baumängelbeseitigung – Rechtsprechungsänderung

201

BGH

Maßgebende Regeln der Technik bei Änderung
zwischen Vertragsschluss und Abnahme
mit Praxisanmerkung von *T. Ziegler*

207

210

BGH

Kündigung des Werklieferungsvertrags nach Eröffnung
des Insolvenzverfahrens über Unternehmervermögen

214

EuGH

Externe Bereitstellung von Dienstleistungen für
Programm- und Projektmanagement – EUIPO

229

OLG Düsseldorf

Ausschluss wegen Wettbewerbsbeschränkung –
Wasserinjektionsleistungen

237

Mit Editorial von *H.-E. Pause*,
„Neuer Aufbruch“ – auch für's
Baurecht? (S. 185)



4/2018

6. April 2018

19. Jahrgang S. 185–256



3450201804

BayVBl. 7/2018

D3-Z154

Bayerische Verwaltungsblätter

Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung

Herausgeber

Stephan Kersten, Präsident des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs

Dr. Markus Möstl, Professor des öffentlichen Rechts an der Universität Bayreuth

Dr. h. c. Heino Schöbel, Ministerialdirigent im Bayerischen Staatsministerium der Justiz a. D. – ehemals Leiter des Landesjustizprüfungsamts

Volkhard Spilarewicz, Ministerialdirigent im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr

Redaktion

Dr. Herbert von Golitschek, Präsident a. D. des Bayerischen Verwaltungsgerichts Würzburg



Aus dem Inhalt

- 217 **Gramlich** Eckpunkte der Finanzierung kommunaler Verkehrsanlagen durch Beiträge
- 229 **Niemeier** Straßenausbaubeiträge aus Sicht des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs
- 234 **BayVerfGH** Bayerische Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung
- 241 **BayVGH** Nacherhebungstatbestand; Beitragsmaßstab der zulässigen Geschossfläche; Altanschließer
- 249 **BVerwG** Wählbarkeit von Kreisbediensteten zum Kreistag
- 250 Anmerkung *Pahlke/Adolph*

Zeitschrift Gesetzgebung

Vierteljahresschrift für staatliche, kommunale und europäische Rechtsetzung

ZG



1/2018

33. Jahrgang

- **Qualifizierte Regierungsmehrheit und effektive Opposition**
Arnd Uhle
- **Probleme der Haushaltsuntreue**
Frank Saliger / Theresa Schweiger
- **Das Zwei-Listen-Modell als Ausweg aus der Sackgasse
der deutschen Wahlrechtsdebatte**
Albert Funk
- **Die Verbesserung des kollektiven Rechtsschutzes für Verbraucher
in der rechtspolitischen Diskussion**
Elisabeth Winkelmeier-Becker / Hans-Jörg Dietsche
- **Von der Steuerungskraft des Art. 28 Abs. 2 GG**
Klaus Lange



C.F. Müller

Zeitschrift für Gesetzgebung ZG

Vierteljahresschrift für staatliche, kommunale und europäische Rechtsetzung
33. Jahrgang

Inhalt Heft 1/2018

Aufsätze

- Arnd Uhle*, Qualifizierte Regierungsmehrheit und effektive Opposition –
Die bundesverfassungsgerichtliche Entscheidung zu spezifischen
Oppositionsfraktionsrechten vom 3. Mai 2016 1
- Frank Saliger/Theresa Schweiger*, Probleme der Haushaltsuntreue
de lege lata und de lege ferenda 16

Forum

- Albert Funk*, Einfach, gerecht, demokratisch, bundesstaatlich –
Das Zwei-Listen-Modell als Ausweg aus der Sackgasse der deutschen
Wahlrechtsdebatte 35
- Elisabeth Winkelmeier-Becker/Hans-Jörg Dietsche*, Die Verbesserung
des kollektiven Rechtsschutzes für Verbraucher in der rechtspolitischen
Diskussion – Überlegungen zu möglichen Instrumenten und einer
Musterfeststellungsklage 47

Berichte

- Ulrich Karpen*, 30 Jahre Deutsche Gesellschaft für Gesetzgebung (DGG) .. 60
- Markus Mempel*, Föderalismus ohne Föderalisten? –
Das 12. Hauptstadtgespräch der Freiherr vom Stein-Gesellschaft 64

Rechtsprechung

- Klaus Lange*, Von der Steuerungskraft des Art. 28 Abs. 2 GG –
Zum Kinderbetreuungsurteil des BVerfG vom 21.11.2017 75

Literatur

- Lawrence H. Friedman, Impact. How Law Affects Behavior
(*Klaus Meßerschmidt*) 90
- Ulrich Karpen und Helen Xanthaki, Legislation in Europe.
A Comprehensive Guide for Scholars and Practitioners
(*Wolfgang Graf Vitzthum*) 93

Goldammer's Archiv für St

ISSN 0017-1956



D3-Z273

Begründet 1853

Herausgegeben von

Jürgen Wolter, Wilfried Küper, Michael Hettinger, Ralf Eschelbach

GA

3/2018

165. Jahrgang

Seiten 121-176

Aus dem Inhalt

■ **Der mangelhafte Rechtsschutz gegen einen internationalen Haftbefehl**
Hans-Heiner Kühne

■ **Das rechtmäßige Alternativverhalten (Teil II)**
Enrique Gimbernat



ehre im Großformat
litsch

122647
Manz'sche Verlags- und
Universitätsbuchhandlung GmbH
Gutheil-Schoder-Gasse 17/C
1230 WIEN
OSTERREICH

Quantity: 1
KdNr.: A1731645
25280000

HJR-Aboservice, Hiltelchner Str. 8, 81677 München
Sendung zu erm. Entgelt, Heft 03/18, VKZ3812

www.goldammers-archiv.de



C.F. Müller

Goldammer's Archiv für Strafrecht (GA)

Heft 3, 165. Jahrgang, 2018, Seiten 121–176

Abhandlungen

Der mangelhafte Rechtsschutz gegen einen internationalen Haftbefehl
Von Professor Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Heiner Kühne, Trier 121

Das rechtmäßige Alternativverhalten (Teil II)
Von Professor Dr. Dr. Dr. h.c. mult. Enrique Gimbernat, Madrid 127

Besprechungsaufsätze

Strafrechtslehre im Großformat
Die 8. Auflage des Strafrechtslehrbuchs Maurach/Gössel/Zipf, Strafrecht Allgemeiner Teil, Teilband 2
Von Professor Dr. Wolfgang Mitsch, Potsdam 137

Schrifttum

Hannah Stoffer, **Wie viel Privatisierung „verträgt“ das strafprozessuale Ermittlungsverfahren?** Eine Untersuchung zur Zulässigkeit privater Beweisbeschaffung und zur Verwertbarkeit auf diese Weise erlangter Beweismittel im Strafverfahren, 2016
(Professor Dr. Wolfgang Wohlers, Basel). 152

Sara Brinkmann, **Zum Anwendungsbereich der §§ 359 ff. StPO.** Möglichkeiten und Grenzen der Fehlerkorrektur über das strafrechtliche Wiederaufnahmeverfahren, 2017
(Professor Dr. Wolfgang Wohlers, Basel). 154

Ulrich H.J. Körtner/Christian Kopetzki/Sigrid Müller (Hrsg.), **Hirntod und Organtransplantation.** Zum Stand der Diskussion, 2016
(Professor Dr. Gunnar Duttge, Göttingen). 156

Herbert Diemer/Holger Schatz/Bernd-Rüdeger Sonnen, **Jugendgerichtsgesetz mit Jugendstrafvollzugsgesetzen,** 7. Aufl., 2015
(Professor Dr. Florian Knauer, Jena) 159

Pascal Basten, **Recht der Polizei.** Maßnahmen, Methoden, Mechanismen, 2016
(Professor Dr. Matthias Wehr, Bremen) 163

Carl-Friedrich Stuckenberg/Klaus Ferdinand Gärditz (Hrsg.), **Strafe und Prozess im freiheitlichen Rechtsstaat. Festschrift für Hans-Ullrich Paeffgen zum 70. Geburtstag am 2. Juli 2015,** 2015
(Professor Dr. Dr. Milan Kuhli, Hamburg). 166

Stephan Stübinger, **Notwehr-Folter und Notstands-Tötung?** Studien zum Schutz von Würde und Leben durch Recht, Moral und Politik, 2015
(Privatdozent Dr. Till Zimmermann, München) 169

Marcello Gallo, **Moralités.** Bemerkungen zum Strafrecht, 2017
(Dr. phil. Lukas Staffler, Innsbruck) 173

Neue Zeitschrift für Wirtschafts-, Steuer- und Unternehmensstrafrecht

Herausgegeben von Prof. Dr. Katharina Beckemper Dr. Bernhard Böhm Prof. Dr. Jens Bülte Prof. Dr. Gerhard Dannecker Prof. Dr. Jürgen P. Graf Dr. Gina Greeve Anke Hadamitzky Dr. Jörg Horney Prof. Dr. Markus Jäger Thomas C. Knierim Prof. Dr. Andreas Mosbacher Dr. Klaus Moosmayer Prof. Dr. Tido Park Prof. Dr. Andreas Ransiek, LL.M. Prof. Dr. Thomas Rönnau Stefan Rolletschke Kai Sackreuther Prof. Dr. Christian Schröder Prof. Dr. Jürgen Taschke		<p><i>N. Hollinger</i> Prozessbeobachtung durch die Polizei im Strafverfahren 81</p> <p><i>C. Bauer</i> Praktische Fragen im Zusammenhang mit dem organisierten „Schmuggel“ von Tabakwaren 85</p> <p><i>B. Küchenhoff</i> Strafbares Entziehen aus der zollamtlichen Überwachung – die Renaissance des Verbots- bannbruchs 90</p> <p><i>E. Gottschalk/S. M. Lubner</i> Die Einführung des bundesweiten Wettbewerbs- registers – ein komplizierter rechtlicher Dreiklang 96</p> <p>Der Zessionar als Verletzter iSd § 111g Abs. 1 StPO a.F. BGH, Beschl. v. 12.10.2016 – 1 StR 210/16 (m. Anm. <i>Deckers</i>) 103</p> <p>Bilanzstrafrecht: Unrichtige Darstellung im Jahresabschluss BGH, Beschl. v. 16.5.2017 – 1 StR 306/16 (m. Anm. <i>Gehm</i>) 106</p> <p>Verlust des Geschäftsführeramts bei Verwarnung mit Strafvorbehalt OLG Naumburg, Beschl. v. 30.1.2017 – 5 Wx 2/17 (m. Anm. <i>Wengenroth</i>) 114</p> <p>Der Zessionar als Verletzter iSd § 111g Abs. 1 StPO a.F. KG, Beschl. v. 12.6.2017 – 5 Ws 64/17 – 121 AR 48/17 (m. Anm. <i>Albrecht</i>) 116</p>
---	--	--



3/2018

Seiten 81 – 120, 15. März 2018



Neue Zeitschrift für Wirtschafts-, Steuer- und Unternehmensstrafrecht

Inhaltsverzeichnis



Aufsätze

- Dr. Nikolas Hollinger*
Prozessbeobachtung durch die Polizei im Strafverfahren 81
- Dr. Christoph Bauer*
Praktische Fragen im Zusammenhang mit dem organisierten „Schmuggel“ von
Tabakwaren 85
- Prof. Dr. Benjamin Küchenhoff*
Strafbares Entziehen aus der zollamtlichen Überwachung – die Renaissance des
Verbotsbannbruchs 90
- Dr. Eckart Gottschalk, LL.M. (Berkeley) und Saskia Marieke Lubner, LL.M.*
Die Einführung des bundesweiten Wettbewerbsregisters – ein komplizierter rechtlicher
Dreiklang 96

Rechtsprechung

Steuerstrafrecht/Steuerrecht

- Der Zessionar als Verletzter iSd § 111g Abs. 1 StPO a.F.
BGH, Beschl. v. 12.10.2016 – 1 StR 210/16
(m. Anm. *Deckers*) 103

Wirtschaftsstrafrecht

- Bilanzstrafrecht: Unrichtige Darstellung im Jahresabschluss
BGH, Beschl. v. 16.5.2017 – 1 StR 306/16
(m. Anm. *Gehm*) 106
- Verlust des Geschäftsführeramts bei Verwarnung mit Strafvorbehalt
OLG Naumburg, Beschl. v. 30.1.2017 – 5 Wx 2/17
(m. Anm. *Wengenroth*) 114
- Der Zessionar als Verletzter iSd § 111g Abs. 1 StPO a.F.
KG, Beschl. v. 12.6.2017 – 5 Ws 64/17 – 121 AR 48/17
(m. Anm. *Albrecht*) 116

Impressum

IV

Mitteilungen

- Literaturspiegel Steuerstrafrecht Stand 11.3.2018 (*Madauß*) V

REDAKTION

RA Prof. Dr. Björn Gercke
 Prof. Dr. Matthias Jahn
 RA Prof. Dr. Helmut Pollähne

AUS DEM INHALT

Bundesgerichtshof

Anforderungen an die Gesamtwürdigung
 bei Aussage gegen Aussage-Konstellation

Beweiswürdigung bei Freispruch;
 Gesamtstrafenbildung nach Aufhebung
 eines Teilfreispruchs

Eisenberg

Ausschluss der Öffentlichkeit

Rechtsweg bei Beschwerde gegen staats-
 anwaltschaftlichen Medienauftritt

Abweichendes Sexualverhalten als
 Persönlichkeitsstörung

Schuldfähigkeit bei erster Sexualdelin-
 quenz in hohem Alter

Sexuelle Handlung; versuchte Anstiftung
Dehne-Niemann

Doppelverwertungsverbot bei Kindes-
 missbrauch

Finaler Zusammenhang zwischen
 Nötigungsmittel und Taterfolg bei
 Vergewaltigung

Erheblichkeit sexueller Handlung

Sexueller Missbrauch widerstandsunfä-
 higer Personen; neue Rechtslage

Beharrlichkeit der Nachstellung

Nachstellung mit Todesfolge
Steinberg

Oberlandesgerichte**Bamberg**

Verstöße gegen Doppelverwertungsver-
 bot bei sexuellem Kindesmissbrauch

Celle

Strafzumessung bei Besitz kinderporno-
 graphischer Schriften: verfestigte sexuelle
 Neigung und Schuldfähigkeit

Verwaltungsgerichte**VGH Baden-Württemberg**

Auskunftsanspruch der Presse gegenüber
 der Staatsanwaltschaft

OVG Nordrhein-Westfalen

Anspruch auf Unterlassen von Presse-
 erklärungen der Staatsanwaltschaft über
 ein Ermittlungsverfahren

Aufsätze**Mohamad El-Ghazi**

Das Schicksal der »sexuellen Handlung«
 nach der Reform des Sexualstrafrechts

Julian Rodenbeck

Rechtliche Anforderungen an die staat-
 liche Öffentlichkeitsarbeit in Strafsachen

Festschriftenübersicht 2017

Editorial
Impressum

Entscheidungen

Verfahrensrecht

BGH 2 StR 409/16 v. 04.04.2017 Aussage gegen Aussage	193	BGH 4 StR 526/16 v. 29.03.2017 Doppelverwertungsverbot bei Kindesmissbrauch (Ls)	219
BGH 3 StR 404/16 v. 21.02.2017 Beweiswürdigung bei Aussage gegen Aussage	195	BGH 1 StR 570/16 v. 25.01.2017 Berufsverbot; Vorhalte- und Verwertungsverbot tilgungsreifer Bestrafungen	219
BGH 2 StR 346/16 v. 20.04.2017 Anforderungen an die Gesamtwürdigung bei Aussage gegen Aussage-Konstellation	195	BGH 2 StR 334/17 v. 26.10.2017 Legalprognose bei schweigendem Angeklagten	221
BGH 2 StR 463/17 v. 11.01.2017 Beweiswürdigung bei widersprüchlichen Zeugenaussagen	197	BGH GSSt 2/17 v. 12.06.2017 Strafzumessung bei sexuellem Kindesmissbrauch	221
BGH 4 StR 45/17 v. 14.09.2017 Beweiswürdigung bei Freispruch; Gesamtstrafenbildung nach Aufhebung eines Teilfreispruchs <i>m. Anm. Eisenberg</i>	199	BGH 4 StR 228/17 v. 05.07.2017 Obhutsverhältnis (Ls)	226
BGH 2 StR 465/16 v. 13.06.2017 Beweiswürdigung bei schwerem sexuellen Kindesmissbrauch	202	BGH 2 StR 219/15 v. 04.10.2017 Strafzumessung bei lange zurückliegenden Sexualdelikten; Würdigung von Zeugenaussage in Aussage gegen Aussage-Konstellation	226
BGH 5 StR 541/16 v. 26.01.2017 Beweiswürdigung bei lügendem Zeugen	204	BGH 2 StR 415/17 v. 02.11.2017 Einwirken i.S.d. § 176 Abs. 4 Nr. 4 Var. 4 StGB	229
BGH 2 StR 428/16 v. 31.05.2017 Ausschluss der Öffentlichkeit	205	BGH 4 StR 381/17 v. 14.09.2017 Schwerer sexueller Missbrauch von Kindern: Konkurrenzen	230
BGH 4 StR 240/17 v. 28.09.2017 Ausschluss der Öffentlichkeit	206	BGH 2 StR 345/17 v. 13.12.2017 Eindringen mit dem Finger (Ls)	231
BGH 2 ARs 188/15 v. 27.07.2017 Rechtsweg bei Beschwerde gegen staatsanwaltschaftlichen Medienauftritt	208	BGH 2 StR 452/16 v. 06.06.2017 Erheblichkeit sexueller Handlung	231
VGH Baden-Württemberg 1 S 1307/17 v. 04.08.2017 Auskunftsanspruch der Presse gegenüber der Staatsanwaltschaft (Ls)	210	BGH 2 StR 256/17 v. 05.09.2017 Sexuelle Nötigung durch sexuelle Handlungen	232
OVG Nordrhein-Westfalen 4 B 786/17 v. 17.10.2017 Anspruch auf Unterlassen von Presseerklärungen der Staatsanwaltschaft über ein Ermittlungsverfahren (Ls)	210	BGH 4 StR 366/16 v. 09.05.2017 Sexueller Missbrauch: anwendbares Recht	233
		BGH 3 StR 324/17 v. 22.08.2017 Finaler Zusammenhang zwischen Nötigungsmittel und Taterfolg bei Vergewaltigung	234
		BGH 1 StR 506/16 v. 21.02.2017 Vergewaltigung: Einzelattnachweise bei langjähriger Tatserie	235
		BGH 2 StR 111/17 v. 08.11.2017 Sexueller Missbrauch (Ls)	236
		BGH 1 StR 52/17 v. 07.02.2017 Sexueller Missbrauch widerstandsunfähiger Personen; neue Rechtslage	236
		BGH 3 StR 475/16 v. 22.03.2017 Vergewaltigung nach Drohung gegen nahestehende Person; Mittäterschaft bei Körperverletzung; gefährliches Werkzeug (Ls)	236
		BGH 3 StR 548/16 v. 06.04.2017 Sich-Verschaffen kinderpornographischer Schriften (Ls)	237
		BGH 3 StR 122/17 v. 16.05.2017 Erheblichkeit einer sexuellen Handlung	237
		BGH 2 StR 580/16 v. 26.04.2017 Erheblichkeit sexualbezogener Handlung; Strafzumessung bei Tatserie	238
		BGH 2 StR 574/16 v. 26.04.2017 Erheblichkeit sexualbezogener Handlungen bei Minderjährigen	239
		BGH 3 StR 87/17 v. 04.05.2017 Erheblichkeit sexualbezogener Handlungen bei Minderjährigen	240

Strafrecht

BGH 1 StR 395/17 v. 25.10.2017 Abweichendes Sexualverhalten als Persönlichkeitsstörung	210
BGH 4 StR 190/17 v. 02.08.2017 Schuldfähigkeit bei erster Sexualdelinquenz in hohem Alter	211
BGH 1 StR 627/16 v. 23.02.2017 Sexuelle Handlung; versuchte Anstiftung <i>m. Anm. Dehne-Niemann</i>	212
BGH 4 StR 186/17 v. 07.06.2017 Doppelverwertungsverbot bei Kindesmissbrauch (Ls)	219

BGH 4 StR 197/16 v. 31.08.2016 Beharrlichkeit der Nachstellung	242
BGH 4 StR 375/16 v. 15.02.2017 Nachstellung mit Todesfolge <i>m. Anm. Steinberg</i>	243
OLG Bamberg 3 OLG 6 Ss 94/17 v. 09.10.2017 Verstöße gegen Doppelverwertungsverbot bei sexuellem Kindesmissbrauch (Ls)	248
OLG Celle 2 Ss 136/16 v. 13.12.2016 Strafzumessung bei Besitz kinderpornographischer Schriften: verfestigte sexuelle Neigung und Schuldfähigkeit	248

Aufsätze

Das Schicksal der »sexuellen Handlung« nach der Reform des Sexualstrafrechts Mohamad El-Ghazi	250
Rechtliche Anforderungen an die staatliche Öffentlichkeitsarbeit in Strafsachen Julian Rodenbeck	255

Festschriftenübersicht 2017

248 Auslese wichtiger Festschriftenbeiträge des Jahres 2017	261
---	-----

Vorschau

Aus dem Inhalt der nächsten Hefte:

Georg Mitsching Prozesskostenhilfe im Adhäsionsverfahren; **Michael Denga** Auslieferungsvorbehalt bei Unterlassungsdelikten ohne materiellem Inlandsbezug?; **Jan Dehne-Niemann** Dauerhaft-unbedingter Verzicht auf die angestrebte Leistung als Voraussetzung der Strafrahmilderung nach § 239a Abs. 4 S. 1 StGB?; **Fabian Novara** Die Vollstreckung der Maßregel in einem psychiatrischen Krankenhaus – erste Praxiserfahrungen nach neuem Recht; **Felix Rettenmaier/Tony Rostalski** Der strafprozessuale Anfangsverdacht bei der Korruption im Gesundheitswesen; **Heiko Ahlbrecht** Europäische Ermittlungsanordnung – Durchsuchung à la Europäischer Haftbefehl; **Fabian Stam** Verbotene Kraftfahrzeugrennen nach § 315d StGB; **Matthias Krüger** Zur Änderung von § 256 Abs. 1 Nr. 2 StPO durch das »Gesetz zur effektiveren und praxistauglicheren Ausgestaltung des Strafverfahrens«; **Michael Tsambikakis** Überflüssiges Strafrecht: Sportwettbetrug und Manipulation berufssportlicher Wettbewerbe; **Frank Saliger/Christian Schörner** Neues Recht für alte Fälle? Die Vermögensabschöpfung im Spannungsfeld zwischen lex mitior-Grundsatz und Verschlechterungsverbot; **Sabine Gless** Wenn das Haus mithört: Beweisverbote im digitalen Zeitalter; **Eva-Maria Keck** Zur Etablierung einer Rechtsanwaltschaft in Revisionsstrafsachen; **Markus Löffelmann** Nach der Reform ist vor der Reform: Notwendigkeit einer Gesamtnovellierung der StPO?; **Rainer Hamm** Das Ende des formalisierten Dialogs im Beweisantragsrecht; **Felix Ruppert** BGH, Beschl. v. 07.03.2017 – 3 StR 501/16 (Korrektur des Rücktrittshorizonts); **Christian Brand/Thomas**

Wostry BGH, Beschl. v. 16.08.2016 – 4 StR 163/16 (Vermögensbetreuungspflicht des Vertragsarztes); **Jochen Bung/Yann Romund** BGH, Beschl. v. 12.08.2015 – StB 6/15 (Vorführung vor das Vollstreckungsgericht); **Marco Mansdörfer** BVerfG, Beschl. v. 24.03.2016 – 2 BvR 175/16 und OLG Frankfurt/M., Beschl. v. 08.12.2016 – 2 Ausl A 22/15 (Spezialität; Auslieferung in die USA); **Sebastian T. Vogel** KG, Beschl. v. 12.12.2016 – 3 Ws 637/16 (Tötung auf Verlangen durch Unterlassen); **Sebastian Sobota** BGH, Ur. v. 24.08.2017 – 3 StR 348/17 (Strafmilderung und § 50 StGB); **Mustafa Temmuz Oğlakcioğlu** BGH, Ur. v. 25.10.2017 – 1 StR 146/17 (Unerlaubte Einfuhr von Btm); **Mario Bachmann** Johannes Feest/Wolfgang Lesting/Michael Lindemann, Strafvollzugsgesetze; **Frank Nobis** Iris-Maria Killinger, Staatshaftung für rechtswidrige Untersuchungshaft in Deutschland und Österreich im Lichte von Art. 5 Abs. 5 EMRK; **Charlotte Schmitt-Leonardy** Helmut Ortner, Wenn der Staat tötet. Eine Geschichte der Todesstrafe; **Björn Krug** Jens Bülte/Gerhard Dannecker/Danja Domeier/Dietrich Gorny/Axel Preuß, Kommentar zum Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch (LFGB); **Jörg Habetha** Silke Hüls/Tilman Reichling, Steuerstrafrecht; **Otto Lagodny** Jan-Hendrik Dietrich/Sven Eiffler, Handbuch des Rechts der Nachrichtendienste; **Ulrich Eisenberg** Erol Pohlreich, Das rechtliche Gehör im Strafverfahren; **Susanne Wetzel** Friesa Fastie, Opferschutz im Strafverfahren. Psychosoziale Prozessbegleitung bei Gewalt- und Sexualstraftaten.

Die Homepage des *Strafverteidiger* erreichen Sie unter folgender Adresse: stv-online.de.
Die Online-Version des StV finden Sie auf JURION.de.

Die zum Schutz Ihrer Zeitschrift verwendete Versandtasche aus PP (Polypropylen) ist zu 100 % recycelbar, verursacht weder bei der Herstellung noch bei der Entsorgung gesundheits- oder umweltschädigende Stoffe und ist damit umweltneutral.

RdE Rec | D3-£298

Energiewirtschaft

Herausgeber:

Prof. Dr. Jürgen F. Baur
 Prof. Dr. Matthias Schmidt-Preuß
 Markus Moraing (Schriftleitung)

Wissenschaftlicher Beirat

Dr. Achim-Rüdiger Börner
 Prof. Dr. Joachim Bornkamm
 Prof. Dr. Ulrich Büdenbender
 Prof. Dr. Martin Burgi
 Prof. Dr. Thomas v. Danwitz
 Dr. Ludger Diestelmeier
 Peter Faross
 Peter Franke
 Andrees Gentzsch
 Helmut Herdt
 Prof. Dr. Jörg Gundel
 Dr. Karsten Heuchert
 Dr. Walter Hohlefeldler
 Johannes Kindler
 Dr. Wolfgang Kirchhoff
 Prof. Dr. Michael Kloepper
 Prof. Dr. Torsten Körber
 Dr. Jürgen Kroneberg
 Dr. Bernd Kunth
 Wiegand Laubenstein
 Dr. Rolf Linkohr
 Prof. Dr. Markus Ludwigs
 Prof. Dr. Kurt Markert
 Dr. Andreas Metzenthin
 Dr. Peter Michael Mombaur
 Dr. Dorothee Mühl
 Andreas Mundt
 Birgit Ortlieb
 Prof. Dr. Johann-Christian Pielow
 Dr. Kai Uwe Pritzsche
 Andreas Röhling
 Prof. Dr. Dr. Peter Salje
 Michaela Schmidt-Schlaeger
 Dr. Boris Scholtka
 Prof. Dr. Stefan Simon
 Dr. Helga Steeg
 Prof. Dr. Dres.h.c. Klaus Stern
 Prof. Dr. Hartmut Weyer

Dr. Ulrich Scholz/Johann Ante

Die Privilegierung von Energiespeichern nach dem EEG 2017

Dr. Florian Wagner/Dr. Christian de Wyl

Das Spannungsfeld zwischen den verwaltungsrechtlichen Vorgaben des Netzzugangs gem. § 20 Abs. 1 EnWG und den zivilrechtlichen Grundlagen der Energiebelieferung

Dr. Achim-Rüdiger Börner

Der Rechtsrahmen für energetische und andere Scheibenverträge

Philipp Berg

Der Anfang vom Ende der zivilgerichtlichen Billigkeitskontrolle energiewirtschaftsrechtlicher Netzentgelte?

EuGH

Urt. v. 09.11.2017 – Rs. C-489/15

Zur zivilrechtlichen Billigkeitskontrolle staatlich regulierter Entgelte

BGH

Beschl. v. 07.03.2017 – EnVR 21/16

Zur Einstufung einer Gleichstrom-Verbindungsleitung zwischen Deutschland und Schweden als Übertragungsnetz (Baltic Cable AB)

BGH

Beschl. v. 23.01.2018 – EnVR 5/17

Zur Neubestimmung der Erlösbergrenzen auf der Grundlage eines korrigierten Effizienzwerts (Stadtwerke Wedel GmbH)

BGH

Beschl. v. 23.01.2018 – EnVR 9/17

Zum Verhältnis des Erweiterungsfaktors zu Investitionsmaßnahmen (Erweiterungsfaktor)



RdE – Recht der Energiewirtschaft

Heft 4-5/2018

A. Beiträge

<i>Scholz/Ante</i>	Die Privilegierung von Energiespeichern nach dem EEG 2017	161
<i>Wagner/de Wyl</i>	Das Spannungsfeld zwischen den verwaltungsrechtlichen Vorgaben des Netzzugangs gem. § 20 Abs. 1 EnWG und den zivilrechtlichen Grundlagen der Energiebelieferung	170
<i>Börner</i>	Der Rechtsrahmen für energetische und andere Scheibenverträge	178
<i>Berg</i>	Der Anfang vom Ende der zivilgerichtlichen Billigkeitskontrolle energiewirtschaftsrechtlicher Netzentgelte?	184

B. Rechtsprechung

<i>EuGH</i>	Urt. v. 09.11.2017 – Rs. C-489/15 Zur zivilrechtlichen Billigkeitskontrolle staatlich regulierter Entgelte	195
<i>BGH</i>	Beschl. v. 07.03.2017 – EnVR 21/16 Zur Einstufung einer Gleichstrom-Verbindungsleitung zwischen Deutschland und Schweden als Übertragungsnetz (Baltic Cable AB)	201
<i>BGH</i>	Beschl. v. 23.01.2018 – EnVR 5/17 Zur Neubestimmung der Erlösbergrenzen auf der Grundlage eines korrigierten Effizienzwerts (Stadtwerke Wedel GmbH)	207
<i>BGH</i>	Beschl. v. 23.01.2018 – EnVR 9/17 Zum Verhältnis des Erweiterungsfaktors zu Investitionsmaßnahmen (Erweiterungsfaktor)	210
<i>OLG Düsseldorf</i>	Beschl. v. 06.12.2017 – VI-3 Kart 123/16 (V) Zur Berechnung der Entschädigung nach § 17e Abs. 2 i.V.m. Abs. 1 S. 2 EnWG	213

C. RdE aktuell

<i>Hampel</i>	Energieregulierung – Neues aus Gesetzgebung und (Behörden-)Praxis I/2018	223
---------------	--	-----

D. Schrifttum

<i>Mohr</i>	Pritzsche/Vacha, Energierecht – Einführung und Grundlagen	227
-------------	---	-----

Beilagenhinweis:

Mit dieser Ausgabe verteilen wir eine Beilage der Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. Wir bitten freundlich um Beachtung.



Chefredakteur Gerhard Hopf
Redaktion Robert Fucik, Kurt Kirchbacher, Hans Peter Lehofer
Evidenzblatt Christoph Brenn, Helge Hoch, Eckart Ratz, Ronald Rohrer,
 Martina Weixelbraun-Mohr
Anmerkungen Andreas Konecny, Martin Spitzer

April 2018

07

289 – 336

Aktuelles

Nationalrat beschließt neues Zahlungsdiensterecht ➔ 289

Beiträge

**Smart Contracts: Vertragsabschluss
 und Haftung** *Sascha Smets und Siegfried Kapeller* ➔ 293

Exklusion von Drogentätern
Irmgard Eisenbach-Stangl und Wolfgang Stangl ➔ 299

Evidenzblatt

Wer hat die Echtheit des eigenhändigen Testaments zu beweisen?
Christopher Cach ➔ 308

Sperrverfügung gegen Access-Provider ist zulässig
Philipp Homar ➔ 316

Widerspruch gegen Sicherstellung ➔ 319

VfGH

Entscheidungen des VfGH – Oktober-Session 2017
Helmut Hörtenhuber und Stefanie Dörnhöfer ➔ 327

Sprache und Recht

Sprache und Recht *Reinhard Hinger* ➔ 335

Kosten

Kostenseitig *Josef Obermaier* ➔ 336

ÖJZ aktuell 289

Beiträge

→ Smart Contracts: Vertragsabschluss und Haftung 293
 Im Schatten des Bitcoins erreichte die Blockchain-Technologie ihre nächste Evolutionsstufe: den Smart Contract. Obwohl die Entwicklung von Smart Contracts bereits einen festen Platz im Budget vieler Global Player eingenommen hat, hinkt die juristische Auseinandersetzung den praktischen Bedürfnissen bislang hinterher. Ziel des Aufsatzes ist es, dieses Desiderat ein Stück weit anzugehen, indem ausgewählte zivilrechtliche Fragestellungen im Zusammenhang mit dem Vertragsabschluss und dem Haftungsregime von Smart Contracts behandelt werden.
Von Sascha Smets und Siegfried Kapeller

→ Exklusion von Drogentätern 299
Diskurse über Maßnahmen für suchtkranke Rechtsbrecher (Teil 1)
 Die Maßnahme für entwöhnungsbedürftige Rechtsbrecher nach § 22 StGB ist durch Einschränkungen der vorgesehenen Zwangsbehandlung gekennzeichnet. In den Debatten der Strafrechtskommission von 1955 wurden die Bestimmungen für den Entwöhnungsvollzug formuliert und dabei Drogentäter mit langen Freiheitsstrafen von der Maßnahme ausgeschlossen. Erst durch den § 68 a StVG, der wie das Maßnahmenrecht mit der Großen Strafrechtsreform in Kraft trat, wurde auch (Drogen-)Tätern mit mehrjährigen Freiheitsstrafen ein Behandlungszugang eröffnet. Die Studie ist der Entstehungsgeschichte des Entwöhnungsvollzugs und seinem Bedeutungswandel gewidmet: In Teil 1 werden die Gründe für die Exklusion der Drogentäter analysiert.
Von Irmgard Eisenbach-Stangl und Wolfgang Stangl

Evidenzblatt

→ Arbeitsrecht/Europarecht 306
 OGH 28. 9. 2017, 8 ObA 34/17 h
 43: Inlandssachverhalt und Europarecht

→ Außerstreitverfahren 308
 OGH 28. 9. 2017, 2 Ob 78/17 k
 44: Wer hat die Echtheit des eigenhändigen Testaments zu beweisen?
Mit Anmerkung von Christopher Cach
 OGH 28. 9. 2017, 2 Ob 84/17 t 311
 45: Der pflegebefohlene Legatar
Mit Anmerkung von Stephan Verweijen

→ Schadenersatzrecht 314
 OGH 24. 10. 2017, 2 Ob 155/17 h
 46: Fehlender Rechtswidrigkeitszusammenhang, aber Haftung nach EKHG

→ Urheberrecht 316
 OGH 24. 10. 2017, 4 Ob 121/17 y
 47: Sperrverfügung gegen Access-Provider ist zulässig
Mit Anmerkung von Philipp Homar

→ Strafprozessrecht 319
 OGH 11. 10. 2017, 13 Os 94/17 y, 95/17 w, 96/17 t, 97/17 i
 48: Widerspruch gegen Sicherstellung

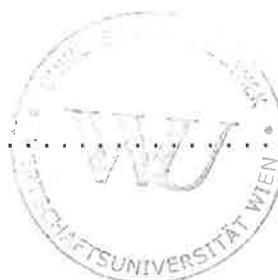
→ Strafrecht 321
 OGH 25. 9. 2017, 17 Os 11/17 x
 49: Missbrauch der Amtsgewalt durch Stadtarzt

EvBl-Leitsätze

→ Arbeitsrecht	323
OGH 29. 11. 2017, 8 ObS 10/17 d 48: Insolvenzentgeltsicherung: Bindungswirkung	
→ Eherecht	323
OGH 30. 8. 2017, 1 Ob 128/17 f 49: Familienhund als Gegenstand der nachehelichen Aufteilung	
→ Schuldrecht	324
OGH 25. 10. 2017, 1 Ob 177/17 m 50: Vertragliche Verpflichtung zur Schenkung ist wirksam	
OGH 29. 11. 2017, 8 Ob 134/17 i	324
51: Rückforderung von Sozialleistungen	
OGH 29. 11. 2017, 8 Ob 122/17 z	325
52: Immobilienmaklervertrag: Kein Rücktritt im Fall vollständiger Leistungserbringung	
→ Versicherungsvertragsrecht	325
OGH 29. 11. 2017, 7 Ob 176/17 h 53: „Austrifizierte“ Verjährung von Deckungsansprüchen: Erkundigungspflicht des Mitversicherten	
→ Disziplinarrecht	326
OGH 3. 10. 2017, 2 Ds 4/17 m 54: Amtswegigkeit im Berufungsverfahren	
→ Strafprozessrecht	326
OGH 17. 10. 2017, 11 Os 120/17 g 55: Einspruch und RMVerfahren gegen AbwesenheitsU im bg Verfahren speziell geregelt	

VfGH

→ Entscheidungen des VfGH – Oktober-Session 2017	327
<i>Von Helmut Hörtenhuber und Stefanie Dörnhöfer</i>	



Sprache und Recht

→ Sprache und Recht	335
<i>Von Reinhard Hinger</i>	

Kosten

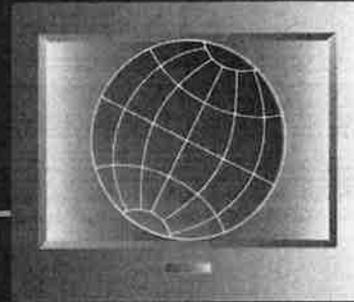
→ Kostenseitig	336
<i>Von Josef Obermaier</i>	

Standards

→ Impressum	292
→ Buchbesprechungen	334

Kommunikation & Recht

WU
D3-297



Betriebs-Berater für

• Medien • Telekommunikation • Multimedia

4
K&R

- Editorial: Clash of Cultures – Medienfreiheit vs. Datenschutz?
Dr. Stefan Brink
- 217 Aktuelle Rechtsentwicklungen bei Suchmaschinen im Jahre 2017
Dr. Sebastian Meyer und Dr. Christoph Rempe
- 223 Penetrationstest bei Auftragsverarbeitung
Dr. Florian Deusch und Prof. Dr. Tobias Eggendorfer
- 230 Datenzugangsverhältnis, FRAND und Wettbewerbsrecht
Sebastian Louven
- 236 Rundfunkrecht in der Entwicklung (Teil 2)
Prof. Dr. Christoph Degenhart
- 243 Länderreport Österreich · *Prof. Dr. Clemens Thiele*
- 245 BGH: Werbe-Einwilligung kann mehrere Werbekanäle umfassen
- 249 BGH: Konferenz der Tiere: Mittäter-Haftung für Filesharing von Dateifragmenten
- 252 BGH: Resistograph: Metatag auf Website kann Hinweis auf Markenbenutzung mit Inlandsbezug sein
- 256 BGH: Drittauskunft bei Vollstreckung von Rundfunkbeiträgen
- 259 OLG Köln: WiFi-Hotspot: Internetanbieter darf Kunden-Router für Dritte freischalten
- 262 OLG München: Academic Conditions: Kein Anspruch auf Software zu Vorzugskonditionen
- 269 LG Berlin: AGB-Verstöße und rechtswidrige Datenschutz-Voreinstellungen in sozialem Netzwerk mit Kommentar von *Lasse Konrad*
- 282 Hamburgisches OVG: Untersagte Datenweitergabe von WhatsApp an Facebook rechtmäßig mit Kommentar von *Frank Trautwein und Philipp Heindorff*



21. Jahrgang

April 2018

Seiten 217 – 288

K&R Online-Archiv:
Für Abonnenten kostenlos
www.kommunikationundrecht.de

Chefredakteur:
RA Torsten Kutschke

Redaktion:
RAin Dr. Anja Keller

Redaktionsassistentin:
Dagmar Dinkel

Ständige Mitarbeiter:
RA Dr. Andreas Bartosch, Brüssel; Dr. Gunnar Bender, Hamburg; RA Prof. Dr. Felix Buchmann, Stuttgart; Prof. Dr. Christoph Degenhart, Leipzig; Prof. Dr. Dieter Dörr, Mainz; RA Stefan Engel-Flechsig, St. Augustin; Prof. Dr. Torsten J. Gerpott, Duisburg; Prof. Dr. Hubertus Gersdorf, Rostock; Prof. Dr. Georgios Gounalakis, Marburg; Elisabeth Grote, Bonn; RA Prof. Niko Härting, Berlin; RA Dr. Alexander R. Klett, LL.M. (Iowa), München; RA Robert Klotz, Brüssel; Prof. Dr. Christian Koenig, LL.M., Bonn; RA Dr. Jost Kotthoff, Frankfurt a. M.; RA Prof. Dr. Johannes Kreile, München; Prof. Dr. Karl-Heinz Ladeur, Hamburg; Prof. Dr. Stefan Leible, Bayreuth; RA Richard Leitermann, Frankfurt a. M.; RAin Dr. Grace Nacimiento, LL.M., Düsseldorf; RA Dr. Norbert Nolte, Köln; RA Hermann-Josef Piepenbrock, Düsseldorf; Prof. Dr. Dr. h. c. Franz Jürgen Säcker, Berlin; Kurt Schmidt, Bonn; RA, FAH- u. GesR, FAInsR, StB Prof. Dr. Jens M. Schmittmann, Essen; RA Michael Schmittmann, Düsseldorf; Prof. Dr. Olaf Sosnitzer, Würzburg; RA Tobias H. Strömer, Düsseldorf; StB Dipl.-Kfm. Prof. Dr. Günter Strunk, Hamburg; Prof. Dr. Jürgen Taeger, Oldenburg; Reg.-Dir. Dr. Alexander Tettenborn, LL.M., Berlin; RA Dr. Thomas Tschentscher, LL.M., Frankfurt a. M.; RAin Priv. Doz. Dr. Irini Vassilaki, Athen/München; RA Dr. Benedikt Wemmer, Berlin; Prof. Dr. Andreas Wiebe, Wien; Dr. Ulrich Zwach, Bonn

Kooperationspartner:
Forschungsstelle Medienrecht und Medienwirtschaft, Forschungsstelle für Europäisches und Deutsches Telekommunikationsrecht (beide Universität Marburg), Forschungsprojektgruppe für Europäisches Telekommunikationsrecht am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (Universität Bonn) sowie Mainzer Medieninstitut e. V. (Mainz).

Online-Kooperationspartner:
Telemedicus e.V., Rechtsfragen der Informationsgesellschaft:
www.telemedicus.info

Editorial

Clash of Cultures – Medienfreiheit vs. Datenschutz?
Dr. Stefan Brink, Stuttgart

Aufsätze

217 **Aktuelle Rechtsentwicklungen bei Suchmaschinen im Jahre 2017**
RA Dr. Sebastian Meyer, LL.M. und RA Dr. Christoph Rempe, Bielefeld

Der Bericht gibt einen Überblick über die rechtlichen Entwicklungen im Zusammenhang mit Suchmaschinen. Berücksichtigt sind gerichtliche Entscheidungen, wissenschaftliche Aufsätze und sonstige Veröffentlichungen aus dem letzten Jahr. Der Bericht knüpft damit an den Überblick des Vorjahres (K&R 2017, 303 ff.) an.

223 **Penetrationstest bei Auftragsverarbeitung**
RA Dr. Florian Deusch, Ravensburg, und Prof. Dr. Tobias Eggendorfer, Weingarten

Der Auftraggeber einer Auftragsverarbeitung ist gesetzlich verpflichtet, seinen Auftragnehmer sorgfältig bezüglich der technischen und organisatorischen Datenschutz- und IT-Sicherheitsmaßnahmen auszuwählen. Er muss die Umsetzung der Maßnahmen prüfen oder sich geeignet nachweisen lassen. Die aktuelle Praxis beschränkt sich dabei im Wesentlichen auf die Prüfung der Netzwerksicherheit sowie der organisatorischen Maßnahmen. Doch erscheint dies unzureichend: Ein weitaus größerer Teil der Datenverluste geschieht aktuell über fehlerhafte Anwendungssoftware, insbesondere bei Web-Anwendungen. Der Beitrag diskutiert deshalb, ob ein Penetrationstest zu der obligatorischen Prüfung gehört, weil er gezielt nach Sicherheitslücken sucht, die zu einer Datenexfiltration führen könnten.

230 **Datenzugangsverhältnis, FRAND und Wettbewerbsrecht**
RA Sebastian Louven, Oldenburg

Daten sind eine wesentliche Grundlage wirtschaftlichen Wachstums in der Europäischen Union geworden. Nicht nur dass die Digitalbranche selbst neue Entwicklungen mit sich gebracht hat, auch herkömmliche Wirtschaftszweige werden zunehmend digitalisiert. Dabei zeigt sich zunehmend die wirtschaftliche Bedeutung von Daten, sei es als Ressource für neue Geschäftsmodelle, wettbewerbswesentliche Information oder auch im negativen Sinn als Möglichkeit zur Wettbewerbsbeschränkung, indem Unternehmen Daten nicht teilen. Doch können nach bereits bestehenden wettbewerbsrechtlichen Regelungen Unternehmen gezwungen werden, anderen Unternehmen bestimmte Daten bereitzustellen? Wie könnte ein derartiges Datenzugangsverhältnis aussehen und welche Rahmenbedingungen könnten gelten?

236 **Rundfunkrecht in der Entwicklung (Teil 2)**
Prof. Dr. Christoph Degenhart, Leipzig

Der Beitrag bringt den in Heft 3 begonnenen Überblick über die Entwicklung des Rundfunkrechts in der Rechtsprechung der Verfassungs- wie der Fachgerichtsbarkeit in den letzten Jahren zum Abschluss. Schwerpunkte sind die Aufsicht über den privaten Rundfunk, Vielfaltssicherung und Jugendschutz sowie Einzelfragen der Rundfunkberichterstattung.

243 **Länderreport Österreich**
RA Hon.-Prof. Dr. Clemens Thiele, LL.M. Tax (GGU), Salzburg

Der Autor präsentiert die aktuellen Rechtsentwicklungen in Österreich, darunter Entscheidungen zum Rücktrittsrecht im Fernabsatz, zur Haftung von Facebook als Host-Provider, zur urheberrechtlichen Kreativleistung von Werbeagenturen, zur Haftung von Hasspostings, zum Ausspionieren von Ehepartnern mittels WhatsApp und zur betrieblichen Videoüberwachung.



www.kommunikationundrecht.de – Jetzt auch mobil direkt ins K&R Online-Archiv

Einfach auf dem Smartphone oder Tablet-PC ein Scan-Programm starten, Kamera auf den abgebildeten Code halten, Internetverbindung aktivieren und mit einem Klick können Sie die Inhalte aller K&R-Ausgaben im Online-Archiv recherchieren – für Abonnenten ist der Volltext-Zugriff sogar kostenlos! Abhängig von der Verbindungsart zum Internet und dem gewählten Tarif können Kosten für die Datenübertragung entstehen.



Rechtsprechung

- 245 Rechtsverletzung durch Pressemitteilung einer Bundesministerin im Wahlkampf
BVerfG, 27. 2. 2018 – 2 BvE 1/16
- 245 Werbe-Einwilligung kann mehrere Werbekanäle umfassen
BGH, 1. 2. 2018 – III ZR 196/17
- 249 Konferenz der Tiere: Mittäter-Haftung für Filesharing von Dateifragmenten
BGH, 6. 12. 2017 – I ZR 186/16
- 252 Resistograph: Metatag auf Website kann Hinweis auf Markenbenutzung mit Inlandsbezug sein
BGH, 9. 11. 2017 – I ZR 134/16
- 256 Drittauskunft bei Vollstreckung von Rundfunkbeiträgen
BGH, 5. 10. 2017 – I ZB 78/16
- 259 WiFi-Hotspot: Internetanbieter darf Kunden-Router für Dritte freischalten
OLG Köln, 2. 2. 2018 – 6 U 85/17
- 262 Academic Conditions: Kein Anspruch auf Software zu Vorzugskonditionen
OLG München, 23. 11. 2017 – 29 U 142/17 Kart
- 266 Das Boot III: Angemessene Beteiligung an Filmproduktion
OLG München, 21. 12. 2017 – 29 U 2619/16
- 266 Keine Verletzung des postmortalen Persönlichkeitsrechts durch Berichterstattung
OLG Köln, 30. 11. 2017 – 15 U 67/17
- 269 AGB-Verstöße und rechtswidrige Datenschutz-Voreinstellungen in sozialem Netzwerk
LG Berlin, 16. 1. 2018 – 16 O 341/15
- 275 **Kommentar von RA Lasse Konrad, Berlin**
- 276 Kein Herausgabeanspruch auf Facebook-Account gegen ehemaligen Mitarbeiter
AG Brandenburg, 31. 1. 2018 – 31 C 212/17
- 280 Wirksame Bekanntgabe einer Klausurbewertung im Hochschul-Internetportal
BVerwG, 21. 12. 2017 – 6 B 43.17
- 282 Rundfunkbeitragspflicht für betriebliche Fahrzeuge bei Betriebsstätte in der Wohnung
BVerwG, 22. 1. 2018 – 6 C 51.16
- 282 Rundfunkbeitragsfreiheit nur für speziell gewidmete Betriebsstätten ohne Rundfunknutzung
BVerwG, 29. 1. 2018 – 6 B 49.17
- 282 Untersagte Datenweitergabe von WhatsApp an Facebook rechtmäßig
Hamburgisches OVG, 26. 2. 2018 – 5 Bs 93/17
- 287 **Kommentar von Dipl. jur. Frank Trautwein und RA Philipp Heindorff, Berlin**



K&R Aktuell

VII Personalien/Veranstaltungen · VIII Neue Bücher · XI Impressum · XII Autoren